

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. November 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 136

□ □ Zur Tarifausschussführung □ □

Nachfolgend bringen wir zum ersten Male die kurzen Ausführungen aus Versammlungsberichten und Aufschriften sowie die Umarbeitungen von Diskussionsartikeln zur bevorstehenden Sitzung des Tarifausschusses. Von den Artikeln sind etwa zwei Drittel in Fortfall gekommen; die Einleider werden noch zugeben, daß alles sachdienlich in Betracht kommende sachlich wiedergegeben worden ist. Wer noch etwas zu sagen hat, tue es ganz schnell und kurz, damit das Umarbeiten uns nicht zu sehr erschwert wird. Materialen immer voneinander trennen! Zweckmäßiger als Preisangaben über das Lebensnotwendige sind die Lohnangaben von andern Arbeitern (siehe nachstehend von Gröblich). Im übrigen besser beachten, was in Nr. 133 auf der ersten Spalte und in Nr. 134 im „Wirtschaften“ gesagt wurde und demgemäß: So wenig wie möglich Artikel und so kurz wie möglich die Versammlungsberichte! Die Redaktion.

Aus Versammlungen:

Schnelle Einberufung des Tarifausschusses zwecks Erhöhung der Feuerungszulagen verlangen: Hamburg. — Leipzig (Erhöhung ab 1. November in allen Orten für alle Gehilfen in gleicher Weise). — Dortmund. — Frankfurt a. M. (gefordert werden 20 Mk.). — Stargard i. P. (bedeutende Lohnerhöhung für kleinere Provinzialstädte). — Zwickau (entsprechende Erhöhung; Arbeitszeitverlängerung für Maschinenleiter auf sieben, bei anhaltender Arbeitslosigkeit auf sechs Stunden; größerer Schutz für Vertrauensleute). — Burgstädt (für Resolution Dreher-Schaeffer). — Glogau (desgleichen). — Neudamm (desgleichen; Berücksichtigung aller Orte). — Breslau (zeitgemäße Erhöhung der Feuerungszulage; Gewährung einer einmaligen allgemeinen Wirtschaftsbefreiung). — Regensburg (Befreiung der ungeraden Staffeln der Zulagen). — Rastenburg (den Feuerungsverhältnissen wenigstens annähernd entsprechende Entlohnung). — Brandenburg (sofortige Anpassung des Lohnes an die jetzigen Feuerungsverhältnisse). — Gräfenhainichen (zeitgemäße Zulagen).

Aus Artikeln:

Kollege L. St.—e in Erfurt führt unter der Überschrift „Unsre Löhne im Vergleich zur Feuerung“ an, daß durch die dreimalige Erhöhung der Feuerungszulagen in diesem Jahre bis 1. Oktober 42 Mk. Mehrverdienst in einem Orte mit 12 $\frac{1}{2}$ Proz. Lokalaufschlag erreicht sind. Die Calwerische Induzier ist im gleichen Zeitraum um 32,02 Mk. gestiegen. Das Minimum in einem solchen Orte beträgt 104 Mk., nach Calwer braucht eine Familie von vier Köpfen aber 95,67 Mk. allein für 16 Nahrungsmittel. Es verbleiben also nur rund 8 Mk. für andre Ausgaben zur Lebensführung. Diese 8 Mk. reichen aber nicht einmal zur Anschaffung des Feuerungsmaterials für eine Woche. Wovon soll man mit Familie im übrigen leben? U. A. w. a. von Prinzipalseite! Und die Preise heutezulage: Vor dem Kriege mußte man eine Stunde arbeiten, um ein Pfund Schmalz kaufen zu können, gegenwärtig gehört ein ganzer Tagesverdienst dazu. Für ein Pfund Öl brauchte man nur eine halbe Stunde zu arbeiten, jetzt fast einen Tag. Mit logenanreter Süßrahmmargarine und guter Butter verhält es sich ebenso. Unsre Entlohnungsweise ist also völlig unzureichend. Es müßten in der bevorstehenden Tarifausschussführung also endlich einmal durchgreifende Beschlüsse, wozu die Dreher-Schaeffer'sche Resolution in der Leipziger Versammlung am 7. November eine Basis bilden könnte, gefaßt werden.

„Zeitgemäß“ bezieht Kollege O. E. in Mittweida einen Artikel, der in seiner Beweiskraft für die Unhaltbarkeit der Lage der Gehilfen die Frage aufwirft, wie die Buchdrucker es denn fertig bringen sollen, 25 bis 30 Proz. billiger als andre Arbeiterkategorien zu arbeiten. Es sei bedauernd, wenn man im Gewerkschaftskartell sitze und dort von andern Arbeitern höre, die früher bis zu 10 Mk. weniger als die Buchdrucker verdienten, jetzt aber Stundenlöhne von 2,20, 2,50 und 3 Mk. haben. Wenn andre Gewerbe solche Löhne zahlen könnten, dann müßten dem Buchdruckergewerbe, das während der Kriegszeit so große Aufgaben bewältigt habe, doch auch Preise gewährt werden, die eine ganz andre Bezahlung ermöglichen. Oder sollte der Grund für unsre niedrigen Löhne allein bei den Prinzipalen zu suchen sein? Dann dürfte unser Organisationsrat auch vor dem letzten Mittel nicht zurückzureden, um uns mit den andern Arbeitern gleichzustellen.

Kollege M. in Quedlinburg bezieht den Artikel von Hartung in Nr. 129 und verurteilt die kurzschichtige

Robhpollitz der Prinzipale. „Was uns not tut“, zeige ein Blick auf die jetzige Preissteigerung: Die Kohlen kosten 5,90 Mk. der Zentner, ein halber Scheffel Grudekohls 2,20 Mk., ein Fünftelbrot 1,65 Mk., Zucker 1,04 Mk. das Pfund. Was sei enorm vorerwart. Kartoffeln kosten schon 20 Mk. „hintenherum“. Für Milch muß der Milchschreiber wöchentlich 10 Mk. ausgeben, um zwei kleine Kinder gesund zu erhalten. An Nachschaffungen im Haushalt und in der Kleidung könne er überhaupt nicht denken. Unter solchen Umständen sei „die armselige Feuerungszulage von 6 Mk.“ am 1. Oktober in einem Tag ausgegeben. Prinzipale, die etwas mehr gewähren wollen, würden durch die bekannte Schutzabteilung daran verhindert. Es müsse deshalb im allgemeinen ein kräftiger Schritt nach vorwärts getan werden, aber nicht wieder in einer Staffelung wie am 1. Oktober. Das habe viel böses Blut gemacht.

Auch Kollege K. in Rathenow zollt dem Kollegen Hartung Beifall. Rathenow gehöre insofern teuren Verhältnissen zur Servisklasse B, habe aber trotzdem nur 7 $\frac{1}{2}$ Proz. Lokalaufschlag. Die Prinzipale machen jedoch das Minimum zum Maximum, so daß ein Buchdruckerfamilienvater nicht einmal die von der Kommune ausgegebenen Lebensmittel sämtlich kaufen könne, denn ihm verbleiben nach Abzug der verschiedenen Beiträge nur 90 Mk. „Mehr Lohn“ müßte deshalb die Parole lauten. Wenn die städtischen Arbeiter auf Befürwortung des Oberbürgermeisters einen Stundenlohn von 2,50 Mk. bekommen haben, der dort überhaupt als Mindestlohn gelten könne, andre Arbeitergruppen aber 2,75, 3 und 3,10 Mk. erhalten, dann müßten wir mit aller Energie von den Prinzipalen mehr verlangen, und zwar in einem Maße, daß nicht schon bei Einführung der neuen Feuerungszulage dieselbe wieder beträchtlich überholt wäre.

Kollege Fr. Bachmann in Bunsau erzählt einen „Witzschrei aus der Provinz“. Der Artikel des Kollegen Hartung hätte überall sofort Demonstrationsversammlungen zur Folge haben müssen. Bei 5 Proz. Lokalaufschlag verbleiben nach den üblichen Abzügen nicht einmal ganz 80 Mk., die auf 52 oder 50 Mk. zusammenzuschmelzen, wenn man Miete, Steuern, Holz, Kohle, den Schuhmacher und einiges andre Notwendige bezahlt habe. Es sei ganz ausgeschlossen, damit eine fünfköpfige Familie lebensfähig zu erhalten. Von 52 Mk. könne man nicht 16 Mk. für ein Pfund Speck anlegen, das von der nächsten Sendung an schon 19 Mk. kosten solle. In diesem Verteuerungsmoße gehe es aber bei allen Verbrauchsartikeln weiter. Die 6 Mk. am 1. Oktober hätten daher nicht einmal dazu gereicht, was der Schuhmacher wöchentlich erfordere. Staat und Kommune sorgen für ihre Beamten, ein Polizeibeamter bekomme jetzt 7000 Mk. Jahresgehalt. Der Deutsche Buchdruckerverein aber treffe besondere Vereinbarungen und schaffe sich eine besondere Organisation für deren Durchführung, daß nur ja kein einschlägiger Prinzipal eine höhere Feuerungszulage gewähre. Ein Zigarettenraucher habe längst den Lohn vergessen, den ein Buchdrucker noch erhalte. Dabei habe dieser oft große Opfer gebracht für seine berufliche Fortbildung, das Technikum in Leipzig besucht, an Stenographie- und beruflichen Kursen teilgenommen. Die Anforderungen an vielseitige Auszubildende steigen, die Bezahlung aber gehe relativ zurück. Besonders schlimm wäre es, wenn man zu Ostern eine Konfirmation in der Familie habe. Eine neue Lohnerhöhung sei also schnell und ergiebig notwendig.

„Über Buchdruckerlöhne und Feuerung“ schreibt Kollege Ernst Hoffmann in Großsch bei Leipzig u. a. folgendes: Daß die achte Feuerungszulage bis zum 31. März 1920 Gültigkeit haben sollte, war ein Übel, denn die Preise für die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände gehen täglich, man kann fast sagen stündlich hinauf. „Es ist nicht ein Lohn, wenn man den Wochenlohn nach Hause bringt und dann sehen muß, wie die ganze Familie darbt, hungert und frieren muß, wie Mann, Frau und Kinder immer weniger werden, immer mehr an Gesundheit einbüßen? Auch uns muß das Recht zustehen, der Feuerung entsprechende Löhne zu erhalten.“ Gegenüber dem 1. Oktober stellten sich hierorts am 10. November die Preise allein für die rationierten Lebensmittel um 16,04 Mk. höher! Wir haben hier 5 Proz. Lokalaufschlag, das Minimum beträgt daher 88,87 Mk. Damit stehen die Buchdrucker im Durchschnitt um 25 Mk. schlechter als die andern Arbeiter! Deren Löhne stellen sich nach meistens am 1. Oktober eingetretene Erhöhungen folgendermaßen wöchentlich: Schneider 115,20 Mk., Maurer, Zimmerer, Maler, Schlosser, Korbmacher, Arbeiter in

Pappenfabrik je 110,40 Mk., Schuhmacher 108 Mk. (haben aber durch ihren neuen Tarif noch bedeutende Entschuldigsummen erhalten). Handlanger 105,60 Mk. — Buchdrucker 88,87 Mk. Ist diese Gegenüberstellung nicht von durchschlagender Beweiskraft für unser Glied? Wir haben den geringsten Lohn, müssen aber die durch die eingetretenen Lohnverbesserungen in andern Gewerben gekommenen Preissteigerungen mitbezahlen! Und was wird alles von uns verlangt? Es gibt noch genug einschlägige Prinzipale, wie man fast aus jeder Nummer des „Korr.“ erleben kann an den „Nachahmenswerten Beispielen“; möchten sie den andern mehr zum Vorbilde dienen! Unsre Gehilfenvertreter werden und müssen es durchsetzen, daß auch die Prinzipalvertretung einsteht, wie bedauernd es ist, wenn die Buchdrucker an letzter Stelle mit ihren Löhnen stehen.

Kollege Arnold Hänner in Swinemünde schreibt über „Lohnzulagen — Ernährungschwierigkeiten“ u. a. folgendes: Der große Unterschied zwischen der Bezahlung in der Großstadt und in der Provinz müsse in Fortfall kommen. In den teureren Bezirken habe man für die wichtigsten Lebensmittel nicht weniger zu bezahlen als in Berlin, aber für Schlechthandelsware bis zu 100 Proz. mehr. Nach der prozentualen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse wäre ein Lohn von 152 Mk. zu fordern, das Minimum dort betrage jedoch nur 98 Mk. Ortlisches Vorgehen, was häufig zu wilden Streiks mit oft unbefriedigendem oder direkt unglücklichem Ausgang führe, müsse unterbleiben; nur ein kräftiger generaler Vorstoß könne helfen, und sei es unter Anwendung des letzten Mittels, das wir als Gewerkschaft besitzen. Bei den kommenden Verhandlungen sollte ein Weg gefunden werden, durch den automatisch zwischen Feuerung und Lohn ein Ausgleich geschaffen werde; freie nachweisbar eine läßbare allgemeine Verbilligung ein, würde auf die gleiche Weise ein Einklang zu schaffen sein.

Unter der Überschrift „Zur kommenden Tarifausschussführung“ wendet sich Kollege K. G. im Bamberg dagegen, daß die Prinzipale immer erklären: „Das Gewerbe erträgt eine weitere Mehrbelastung nicht“. Wenn wir schlechter gestellt sind als der weltweite größte Teil der andern Arbeiter, wenn auch im Handwerk höhere Löhne gezahlt werden, dann kann unser Gewerbe bestimmt nicht an einer Bezahlung seiner Arbeiter zugrunde gehen, die infolge der immensen Feuerung absolut notwendig ist. Die Gehilfenvertreter sollten also nicht wiederkommen mit der Erklärung: „Es war nicht mehr zu machen“; sie hätten doch wohl noch genug von der vernünftigen Unzufriedenheit über den schlechten Ausfall des Ergebnisses vom August. Für alle Gehilfen eine gleiche und hohe Zulage, das müßte die Lösung sein, und deshalb die Mahnung an die Gehilfenvertreter: Seid stark!

Aus Aufschriften:

Kollege M. F. in Chemnitz wünscht unter Bezugnahme auf die in Nr. 128 („Arme Buchdruckergehilfen“) gegen die „Allgemeine Zeitung“ dort geführte Polemik in Sachen „Wirtschaftsbefreiung — tarifwichtig“ und die in Chemnitz, Dresden, Leipzig den städtischen Angehörigen jetzt gewährten namhaften Wirtschaftsbefreiungen aus diesem Jahre vom Tarifausschusse in angemessenem Betrag ausgesprochen zu werden.

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Sitzungen des Graphischen Bundes

I. Die Organisations- und Berufsleben der Buchdrucker, Lithographen und Steindruckler, Buchbinder und Buch- und Stein-druckereibildarbeiter schließen sich zu einem Graphischen Bunde zusammen zur gemeinsamen Förderung und Wahrung beruflicher und gewerkschaftlicher Interessen und zu dem Zweck, die notwendigen Vorarbeiten zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auszuführen.

II. Als Voraussetzungen zur Erreichung dieses Zweckes werden anerkannt:

- a) der möglichst gleichartige innere Ausbau der beteiligten Organisations-
- b) der möglichst reifliche Zusammenbau aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren zuständigen Berufsorganisations-
- c) die Durchföhrung möglichst gleichartiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse

III. Die Leistungen der unterzeichneten Verbände verpflichten sich deshalb, im Sinne dieser Voraussetzungen zu wirken und

- a) bei allen sich bietenden Gelegenheiten für den möglichst gleichartigen inneren Ausbau ihrer Organisationen einzutreten und ihre Verwaltungskörper in diesem Sinne zu beeinflussen;
- b) auf ihre Gau- und Kreisverwaltungen dahin einzuwirken, daß diese sich bei der Organisation zur Werbung neuer Mitglieder gegenseitig unterstützen und die dem Graphischen Bund angeschlossenen Organisationen auf unorganisierte Arbeitskräfte aufmerksam machen;
- c) durch Abschluß von Reichsstatuten auf einheitlicher Grundlage und mit gleicher Arbeitszeit eine Einheitlichkeit in den Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

IV. Als besondere Aufgabe bezeichnen die beteiligten Organisationen die Verständigung für die Regelung der Arbeitervertretungen für wirtschaftliche und sozialpolitische Tätigkeitsgebiete, die einseitlich für mehrere oder alle der beteiligten Organisationen durchgeführt werden können. (Betriebs- und Wirtschaftsräte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Schlichtungsgerichte usw.)

V. Zur Erledigung ihrer Aufgaben bestimmen die Vorstände der beteiligten Organisationen je drei Vertreter, die nach Bedarf — jedoch mindestens einmal monatlich — zusammenzutreten, um über die auftauchenden Fragen zu beraten, Beschlüsse darüber zu fassen und über die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu wachen.

VI. Zur Leitung der Geschäfte des Graphischen Bundes wählen die Vertreter einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und je einen Stellvertreter. Aber die Verhandlungen ist ein Beschlusprotokoll zu führen, das den beteiligten Organisationen vom jeweiligen Schriftführer in je einem Exemplar zugestellt wird. Die Veröffentlichung dieses Beschlusprotokolls unterliegt besonderer Beschlusfassung.

VII. Bei wichtigen Angelegenheiten treten die Vorstände der Verbände in ihrer Gesamtheit zusammen. Das hat vor allem zu geschehen vor Einleitung größerer Lohnbewegungen, Streiks oder bei Ausprägungen und bei zentralen oder örtlichen Differenzen zwischen den angeschlossenen Organisationen. Letztere dürfen in der Öffentlichkeit nicht ausgeübt werden, solange sich nicht die örtlichen Kartelle oder die Leitung des Graphischen Bundes mit ihnen beschließt und über sie Beschlüsse gefaßt haben.

VIII. Begründete Anträge auf Einberufung einer Sitzung der Vertreter des Graphischen Bundes oder der Gesamtheit der Vorstände der angeschlossenen Organisationen müssen beim jeweiligen Vorsitzenden des Graphischen Bundes eingebracht werden, der die Einberufung der Sitzung umgehend zu veranlassen hat.

IX. Zur Durchführung der im Sinne des Vertrags gelegenen Arbeiten werden überall örtliche graphische Kartelle gebildet, deren Aufgaben durch besondere Satzungen im Sinne dieses Vertrages geregelt werden.

X. Alle aus dem Graphischen Bund und den örtlichen Kartellen entstehenden Kosten werden von den beteiligten Organisationen selbst getragen, gemeinsame Kosten anteilig verrechnet.

Berlin, den 17. November 1919.

Verband der Deutschen Buchdrucker:

Sol. Selb.

Verband der Lithographen und Steindrucker und verwandten Berufe:

Sob. Sab.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands:

Kauellen.

Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands:

E. Pucher.

Satzungen für das Graphische Kartell

in.....

I. Die Verwaltungsstellen der Verbände der Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter vereinigen sich zu einem Graphischen Kartell, um im Sinne des Aufgabenkreises des Graphischen Bundes tätig zu sein.

II. Die dem Kartell angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet:

- a) sich bei der Organisation zur Werbung neuer Mitglieder gegenseitig zu unterstützen;
- b) in Orten, in denen nur wenige Berufsangehörige vorhanden sind, deren Zahl zur Bildung von Ortsgruppen nicht ausreicht, die Organisation zur Erhaltung der Mitgliedschaft derselben gemeinsam zu betreiben;
- c) bei Durchführung zentraler Abmachungen sich gegenseitig zu unterstützen und der örtlichen Regelung überlassene Angelegenheiten gemeinsam zu erledigen;
- d) bei Auffstellung von Kandidaten und Wahlen zu allen Instanzen der sozialen Versicherungsgesetzgebung (Krankenkassen, Landesversicherungsanstalt, Schlichtungsgerichte usw.) und der wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiterchaft (Betriebsräte, Wirtschaftsräte usw.) sich gegenseitig zu unterstützen;
- e) zur Förderung des graphischen Industrieverbandes die örtlichen organisatorischen Einrichtungen unter Beachtung der statutarischen Bestimmungen der angeschlossenen Verbände möglichst gleichmäßig auszugestalten.

III. Zur Durchführung dieser Aufgaben und zur Erledigung der aus diesem Kartellvertrag anfallenden Ar-

beiten entstehende die örtliche Verwaltung jeder der angeschlossenen Organisationen zwei Vertreter, die zur Leitung der Geschäfte aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer wählen.

IV. Diese Vertretung der angeschlossenen Organisationen hält zur Erledigung der anfallenden Arbeiten nach Bedarf — jedoch mindestens einmal monatlich — Sitzungen ab.

V. Begründete Anträge auf Einberufung einer Sitzung sind an den Vorsitzenden des Kartells zu richten, der zur umgehenden Erledigung des Antrags verpflichtet ist.

VI. Aber die Verhandlungen wird ein Beschlusprotokoll aufgenommen. Von wichtigen Ausprägungen und Beschlüssen ist die Leitung des Graphischen Bundes in Berlin durch den Vorsitzenden oder den Schriftführer des Kartells in Kenntnis zu setzen. Die Berichterstattung an die Zentralvorstände der angeschlossenen Organisationen ist Sache der einzelnen Verwaltungen.

VII. Eine etwaige Veröffentlichung des Beschlusprotokolls unterliegt der vorherigen Beschlusfassung des Kartells.

VIII. Bei wichtigen Angelegenheiten treten die örtlichen Verwaltungen in ihrer Gesamtheit zusammen. Das hat auch zu geschehen bei Differenzen zwischen beteiligten Organisationen, die in schiedsrichterlicher Weise zu klären bereit sind und in der Öffentlichkeit nicht ausgeübt werden dürfen, solange sich nicht die Gesamtheit der angeschlossenen örtlichen Verwaltungen und die Leitung des Graphischen Bundes in Berlin mit ihnen beschließt und über sie Beschlüsse gefaßt haben.

IX. Alle aus diesen graphischen Kartellen entstehenden Kosten werden von den örtlichen Verwaltungen selbst getragen, gemeinsame Kosten anteilig verrechnet.

(Ort), den 19.....

Unterschriften:

Verband der Deutschen Buchdrucker:

Verband der Lithographen und Steindrucker und verwandten Berufe:

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands:

Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands:

Stellungnahme zum Graphischen Industrieverband (Räteförmig) im Weipziger Gau

In der Mitgliederversammlung am 7. November erfolgte Stellungnahme zum Graphischen Industrieverband auf dem Boden des Räteförmigen. Der Referent, Kollege Böttcher, behandelte die ganze Angelegenheit rein theoretisch, ohne, wie er selbst ausführte, praktische Vorschläge machen zu wollen. Er sprach über die Aufgaben der Betriebsräte und suchte die Notwendigkeit zum Zusammenschluß zu Industrieverbänden nachzuweisen. Den Extrakt seiner Ausführungen las er zusammen in eine gedruckt vorliegende Erklärung (bereits in Nr. 132 des „Korr.“ veröffentlicht).

In der sich anschließenden Diskussion wies Kollege Hauschild darauf hin, daß das Räteförmige an seiner Überprüfbarkeit zusammenbrechen würde. Er könne die ganze Rätefrage nur als Verlegenheitsprodukt betrachten. Warum solle man unsre alten bewährten Gewerkschaften betheiligen und diese der gegenwärtigen Zeit entsprechend umzuformen suchen. Den Industrieverband im Böttcherschen Sinne müsse er ablehnen. Kollege Dreher machte auf verschiedene Widersprüche in den Ausführungen Böttchers aufmerksam. Die Gründung eines Industrieverbandes könne nur gemeinsam mit den andern graphischen Organisationen durchgeführt werden. Er unterbreite seinerseits der Versammlung die bereits in Nr. 132 abgedruckte zweite Resolution. Kollege Klinger wünschte im Austrage der Opposition, die Absätze 2 und 3 der Resolution Schaeffer-Dreher der Böttcherschen Erklärung anzuhängen. In längeren Ausführungen trat Kollege Helmholz dem Referenten entgegen. Neue Zeiten erforderten selbstverständlich eine Neugestaltung der bewegenden Kräfte. Einem geschlossenen Willen aller Industriegruppen gegenüber würden die Unternehmer größeres Entgegenkommen zeigen als gegenüber einer einzelnen Branche. Immerhin müsse es den beteiligten Zentralverbänden überlassen bleiben, die Form des industriellen Zusammenschlusses der graphischen Berufe zu bestimmen. Aus der Kürzlichkeit der Arbeiter habe das Unternehmertum schon immer die besten Ernten gezogen. Man müsse sich deshalb davor hüten, die bestehenden Organisationen zu opfern, ohne deren jahrzehntelangen Erfahrungen auszunutzen. Die Betriebsräte seien als Grundlage einer neuen Organisation ungeeignet. Ein Schlußantrag machte der Debatte ein Ende.

In seinem Schlußworte suchte der Referent die Ausführungen der verschiedenen Redner zu widerlegen. Den bisherigen Vorständen könne das Problem der Sozialisierung nicht überlassen werden, sondern damit seien Kollegen zu beauftragen, die etwas davon verständen. Darum müßten diese Führer durch solche ersetzt werden, die mit revolutionärem Geist erfüllt seien. Der Erklärung Böttcher wurde mit knapper Mehrheit zugestimmt.

Auf Antrag aus der Versammlung wurde ein fünfgliederiger Aktionsausschuß gewählt, der Vorarbeit zur Gründung des Industrieverbandes leisten soll.

Die Düsseldorfener graphische Arbeiterchaft zur Frage des Graphischen Industrieverbandes

In zwei Versammlungen (13. und 28. Oktober) nahmen die hiesigen Mitgliedschaften der graphischen Zentralverbände Stellung zu den in letzter Zeit im Vordergrund des Interesses stehenden Bestrebungen zur Schaffung eines Graphischen Industrieverbandes. Die erste Versammlung war gut besucht, während die zweite, in der Fortsetzung der Diskussion stattfand, schlechter besucht war.

Als Referent zum Thema: „Welche Stellung nehmen wir zum Zusammenschluß der graphischen Verbände zu einem Industrieverband ein?“ sprach der Gauvorsitzende des Buchbinderverbandes Gerböhoff (Eberfeld). Er wies anfangs seiner Ausführungen darauf hin, daß der Gedanke des Zusammenschlusses schon sehr alt sei. Schon 1893 auf dem Verbandstage der Buchbinder in Frankfurt a. M. habe man sich über diese Frage unterhalten. Damals hätte Böblin gesagt, daß die Zeit für den Zusammenschluß noch nicht gekommen sei, was auch anerkannt worden ist. Die Buchbinder hätten schon stets den Zusammenschluß gewollt, und man habe es allgemein bebauert, daß der Buchdruckerverband auf dem letzten Verbandstage der Buchbinder nicht vertreten war, wo die Frage des Zusammenschlusses erörtert wurde. (Wir haben in Nr. 110 an dieser Stelle den sachlichen Verbindungsgrund schon angeführt. Red.) Auch die Steindrucker und Hilfsarbeiter seien für den Zusammenschluß, ohne die Buchdrucker eine Vereinigung jedoch nicht denkbar. Die Gründe, weshalb es noch nicht zu einem Zusammenschluß gekommen sei, seien wirtschaftlicher Natur gewesen. Nachdem in verlebten Gewerbebezügen Industrieverbände bestünden, sei dies auch im graphischen Gewerbe möglich, wenn auch die Lösung dieser Frage nicht überstürzt werden könne. Redner empfahl zunächst lokales Zusammenarbeiten, später müßten dann die Zentralen folgen.

Die Aussprache war in beiden Versammlungen eine sehr ausgiebige. Allgemein stellen sich sämtliche Redner auf den Boden des Zusammenschlusses. Es wurde die Stellungnahme des Kollegen Graßmann bebauert, der in einer Berliner Versammlung erklärte, bei dem graphischen Gewerbe liege die Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses zu einem Industrieverbande nicht vor. (Kollege Graßmann ist mißverstanden worden; bei ihm war nur der Weg die stillige Frage. Red.) Aber die Wege zum Zusammenschluß gingen die Meinungen zum Teil noch auseinander. Der Gedanke der Betriebsorganisation wurde von fast allen Kollegen abgelehnt. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß an den Zentralgewerkschaften unbedingt festgehalten werden müsse. Es wurde jedoch kein Zweifel darüber gelassen, daß ein derartiger Industrieverband ein Instrument des Klassenkampfes sein müsse, der dem auf organisierten Unternehmertum entgegengesetzt werden müsse. Nachstehende Entschliebung wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die am 13. Oktober 1919 im „Volkshaus“ folgende Versammlung der Düsseldorfener Ortsvereine im Verbands der Deutschen Buchdrucker, Deutschen Buchbinderverband, Verband der Lithographen und Steindrucker sowie Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter nimmt Stellung zur Frage der Schaffung eines Graphischen Industrieverbandes. Die Versammlung steht im Gegensaße zu den Auslassungen des zweiten Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes auf dem Standpunkte, daß auch im graphischen Gewerbe der Zusammenschluß der Berufsverbände zu einem einheitlichen Industrieverbande mit Rücksicht auf die geschlossenen Phalanx des Unternehmertums geradezu eine Notwendigkeit ist. Alle kleinlichen Bedenken müssen zurücktreten und sind gering gegenüber den Vorteilen, die eine einheitlich organisierte Arbeiterchaft zu erringen vermag. Die Verammlungen geloben alles daranzusetzen, die Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufassen, um so auch mit dazu beizutragen, die Hindernisse zu beseitigen, welche der Arbeiterchaft noch den Weg versperren, der zu ihrer ökonomischen Befreiung führt.

Nachdem man sich im Prinzip über den Zusammenschluß einig war, ging man dazu über, vorbereitende örtliche Schritte zu unternehmen. Der bestehenden Vereinigung der Betriebsausschüsse der graphischen Berufe wurden von den vier Verbänden die beiden Vorsitzenden zugeordnet, die mit dem bisherigen Vorstand der Betriebsausschüsse nacheinander den erweiterten Vorstand derselben bilden. Auf diese Weise ist das Hand-in-Handarbeiten zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten gesichert. Als eine der wesentlichsten Aufgaben der so zusammengeschlossenen Betriebsräte und Vertrauensleute der vier Verbände ist die Propagierung des Graphischen Industrieverbandes gedacht. Als Vorsitzender der Vereinigung fungiert Kollege Walter Graaf, Düsseldorf, Germaniastraße 15. A. M.

Stellungnahme in Magdeburg

Ein „Propagandaausschuß“ berief zum 26. Oktober eine Versammlung zur Gründung des Graphischen Industrieverbandes. Diese war mäßig besucht. Untre und auch die Vertreter des Graphischen Kartells betonten, daß eine solche Gründung besonderer Vorarbeiten bedürfte und nicht so schnell gelingen könne, wie die Einberufer wohl glaubten. Eine Entschliebung des Graphischen Kartells wurde mit großer Mehrheit angenommen, während eine solche des Propagandaausschusses nur 24 Stimmen erhielt.

In einer am 20. Oktober abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins Magdeburg des Buchdruckerverbandes wurden unter Annahme einer Entschliebung die Bestrebungen zur Gründung eines Graphischen Industrieverbandes „in der jetzt propagierten Form“ abgelehnt. (Das soll heißen in der durch den „Graphischen Block“ propagierten Form. Red.) W. K.

„Der Graphische Industrieverband kommt doch!“

In Nr. 130 des „Korr.“ schreibt der Kollege Preiher (Berlin-Nichtenberg) unter dieser Überschrift, „er habe vergeblich nach einem sichhaltenden Grunde gesucht, weshalb (in Hamburg) der von Berlin angeregte Industrieverband abgelehnt werden soll.“ Ich will von der „objektiven“ Einleitung absehen, aber wenn Kollege Pr. die gesparten Worte betonen will, so meine ich, daß eine genügende Erklärung für die Ablehnung dieses Gründungsverluches auch im Verammlungsberichte gegeben ist, obgleich ein Bericht nicht immer alle Seiten erschöpfend behandeln kann. Jeder, der die Absicht hat, sich ein wirklich objektives Urteil zu bilden, muß doch einsehen, daß, wenn man in einer solchen Verammlung nicht einmal das bekannte Bänderbügel für seine verfochtene Idee aufzu bringen vermag, meines Erachtens auch unabweislich feststeht, daß keine „sichhaltigen Gründe“ vorgebracht wurden. Oder will Kollege Pr. behaupten, daß wirklich nur nahe Gemüter sich in die Verammlung „verirrt“ hatten? Nein, so liegen die Dinge denn doch nicht. Schon die einleitenden Ausführungen des Referenten zeigten, worum es in Wirklichkeit ging. Von den „Postgardien“ bis zu den „Verrätern an der Arbeiterklasse in der Regierung“ — von den „Bögen“ bis zum Betriebsrate, dem Organ der revolutionären Arbeiterschaft, das im geeigneten Moment für die Umstellung der Wirtschaft einzutreten und allein in Betracht komme —, so wurde in der Hauptsache politische Propaganda getrieben, um nebenbei — als Mittel zum Zweck — auch auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuschleusen und hier die Zusammenfassung der Kräfte zu verlangen.

Ja, lieber Kollege Preiher, da muß man sich doch an den Kopf fassen und fragen: „Wachen oder träumen wir?“ Ist unsere Organisation mit über 90 Proz. der Berufsangehörigen als Mitglied nicht schon die Zusammenfassung der Kräfte? Desgleichen die übrigen graphischen Verbände? Liegt in den angesammelten Millionen trotz gesunkenen Geldwerte nicht immerhin ein gewisses Kraftmoment?

Man wende nicht ein, daß man diese Kraftmomente ja nicht zerstören wolle. In dem Augenblicke, wo man bei solchen vorhandenen Organisationen neue gründen will oder gründet, muß man Kräfte absorbieren, die man von vorhandenen zusammengeballten Kräften abspaltet. Man muß Zeit, Geld und Menschenkräfte aufwenden, die man besser für den Ausbau des Vorhandenen gebrauchen sollte. Will man das nicht, so hätte man anders als geschehen vorgehen müssen. Dann hätte man in den vorhandenen Organisationen die vermeintlichen Mängel bekämpfen und bessere Wege zeigen müssen. Diesen Weg hat man jedoch nicht beschritten, wie denn auch die Verammlungsbericht der Propagandaverammlung für mindestens drei Viertel der organisierten graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen eine Übertreibung war, die allerdings nicht verbillich konnte.

Daß wir für einen festeren Zusammenschluß durchaus zu haben sind, habe ich gleich eingangs meiner Ausführungen betont, indem ich bemerkte, daß die gegenwärtige Entwicklung auch nach meiner Auffassung unbedingt zur organisierten Zusammenfassung in den einzelnen Industriegruppen zwinge. Darüber möchte ich aber hier denn doch keinen Zweifel lassen, daß Betriebsräte zur Bedeutungslosigkeit herabzusenken müssen, wenn nicht machtvolle Organisationen hinter ihnen stehen! Machtvolle Organisationen sehe ich aber nach wie vor in unsern Gewerkschaften, die — allerdings noch enger liiert — nicht durch die sozialistische Arbeiterunion abgelöst werden können.

Daß von den Diskussionsrednern der Verammlung nicht auf alle Momente eingegangen, sondern nur sehr knapp die Hauptpunkte gestreift werden konnten, vermischt sich am Rande, da die „Berliner Richtung“ gleich mit zwei Referenten anrückte, von denen der letztere sogar noch größeres Geschick in Anwendung brachte. Troßdem waren aber die Verammelten vollständig im Bilde, das bewies die Zurufe, die sich wohl für einen engeren Zusammenschluß erklärten, wenn auch auf ganz anderer Basis als die Schrittmacher des sogenannten „Graphischen Blocks“.

Wir kennen wohl die starke Koalition des Unternehmertums und sind gewillt, ihr eine gleiche Pfalanze der Arbeitnehmerschaft gegenüberzustellen. Dazu bedarf es aber nur des Ausbaus unserer kampferprobten Gewerkschaften, nicht der Gründung neuer Organisationen. Von diesen Gesichtspunkten war die Hamburger Verammlung voll durchdrungen.

Daß auch die Vorstände der örtlichen graphischen Verbände nicht etwa diese Notwendigkeiten leugnen, beweist der einstimmig gefasste Beschluß des Hamburger Graphischen Kartells, der in Nr. 133 an dieser Stelle schon veröffentlicht wurde.

Das ist nach unserer Meinung der richtige Weg, ohne jede Vergewaltigung von Kräfte zu einem großen Ziele zu gelangen. Durch die von Tageserscheinungen unabhängige und unverrückbare grundsätzliche Haltung unserer Organisation gelang es in bisher beispielloser Weise, alle in der graphischen Arbeiterschaft ruhenden Kräfte zusammenzufassen für unsere Ziele. Augenblicksstrategien sollen uns diese Kräfte nicht abwendig machen!

Hamburg. O. Thorkauer.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Braunschweig. Wenn der Besuch der Verammlungen ein Spiegelbild gewerkschaftlichen Geistes ist, so können wir hier in Braunschweig wohl zufrieden sein. Zwei sehr

auf beschulte Bezirksverammlungen, die letzte in Wolfenbüttel abgehalten, befaßten sich mit all dem, was die schwere Zeit auch unserm Gewerbe auferlegte. In der Bezirksverammlung am 7. September verwies Kollege Reuter auf die Verhandlungen und die erzielten Resultate des Kartellschlusses. Manches sei erreicht, namentlich der drohende „Abbau“ verhindert, doch reiflos beschränkt sei wohl niemand. Bedenke man aber die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, so müsse man unsern Vertretern Dank wissen für ihre Tätigkeit. In einer regen Aussprache wurde den vortrefflichen Ausführungen Reuters größtenteils voll zugestimmt, doch machten sich auch hier die Wirkungen gewissenloser Allerweltsbeglückter bemerkbar in den Ausführungen eines Kollegen, dessen Weltbild letzter Schluß Weltrevolution und Rätelösung war. „Was nichts leidet der Verband, solche Erträge oder gar keine!“ Also die gemächlichen Worte aus dem Munde eines sehr Jungen, aber desto „erfabreneren“ Buchdruckers der Revolutionsepoch! Ihm klippten alle, in Ehren ergraute Gewerkschaftler gebrüg auf die Finger. Da graute es ihm und er erstarb. Etwas Sumor in erster Zeit kann nicht schaden, und Junger Welt muß ären. Die Kollegen Reuter und Steinbrecher riefen beherzigtenswerte Worte an die Verammlung, sie ermahnen, frei zu dem Bewährten zu stehen, dem Verband. Kollege Steinbrecher hielt sodann einen interessanten Vortrag über das Braunschweigische Betriebsrätegesetz. Die wichtigsten Ausführungen des Referenten fanden wohlverdienten Beifall. — In der Bezirksverammlung am 12. Oktober in Wolfenbüttel nahm die Berichterstaltung über die tariflichen Verhältnisse im Freistaat Braunschweig den breitesten Raum ein. Im allgemeinen ist die neue Tarifverordnungsanlage auf Einführung gelangt, ebenso die Ferien. An einigen kleinen Orten ist noch vielerlei tabelnswert, so wurde von Schöppenstedt berichtet, daß dort ein laubstummer Gehilfe bei freier Station sage und schreibe — 5 Mk. Wochenlohn erhalte. Hier wie auch in einigen andern kleinen Orten bedarf es noch unermüdlicher, zäher Arbeit seitens unserer Mitglieder. Kollege Reuter begrüßte die aus Gelangenschaft Zurückgekehrten, fünf an Zahl, aufs herzlichste. Nach Erledigung einiger tariflichen Streitfragen schloß der Vorabend die aufsuchte, interessante und lehrreiche Verammlung.

Bremen. In der Bezirksverammlung am 8. Oktober machte der stellvertretende Vorsitzende u. a. Mitteilung davon, daß zwecks engeren Zusammenhanges im graphischen Gewerbe hier am Orte demnächst Verhandlungen mit den in Frage kommenden Organisationen stattfinden würden. Für den freiwillig aus dem Gauvorstand ausgeschiedenen Kollegen Bolken wurde Kollege Fr. Dreftmann ernannt. Der auf der Tagesordnung stehende Vortrag über das Betriebsrätegesetz mußte ausfallen, da der Referent nicht erschienen war. Die Verammlung beschäftigte sich alsdann mit der Frage der Gewerkschaftszersplitterung und ihrer Rückwirkung auf das graphische Gewerbe. Einleitend führte Kollege Baumann aus, wie gerade hier in Bremen der Bruderkampf in die Gewerkschaften hineingetragen und auch die Hilfsarbeiterorganisation bereits von der individualistischen Welle ergriffen worden sei. Auch vor unserm Gewerbe würde die Bewegung nicht haltmachen. Deshalb sei schon aus diesem Grunde die Gründung eines Graphischen Kartells notwendig, damit diesen Bestrebungen wirksamer entgegengetreten werden könne. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die individualistischen Bestrebungen mit allen Mitteln bekämpft und alle ihnen Anhängenden aus den Gewerkschaften entfernt werden müssen. Zum Schluß fand noch eine Aussprache über den hier am Ort ausgebrochenen Konflikt der Ärzte mit der Ortskrankenkasse statt.

Hamburg-Altona. Verammlung am 19. Oktober im „Gewerkschaftshaus.“ Unter „Vereinsmitteilungen“ leitete der Vorsitzende Reuter zunächst mit, daß seit der letzten Verammlung verstorben sind die Kollegen Franke, Gudegast, Kisch und Köhler; außerdem wurde Kollege Steinhard, der vor dem Kriege längere Zeit in Hamburg tätig war und dann aus Hamburg ausgewiesen wurde, in Rumänien ermordet. Der Vorabend widmete besonders den beiden letzteren Kollegen herzlichste Worte als Nachruf, waren doch beide im Vereinsleben überaus tätig. Dann folgte die Bekanntgabe verschiedener Personalien. Arbeitslos sind 114 Seher, 75 Drucker, 4 Maschinenführer, 6 Schweizerberger, 5 Stenotypisten, 2 Korrektoren und 2 Kleber. Trotz dieser großen Arbeitslosigkeit seien in letzter Zeit noch einige Kollegen aus dem besetzten Gebiet zugewandert in der Hoffnung, hier bald Arbeit zu erhalten; sie sind aber bitter enttäuscht worden. Solange nicht wieder Handel und Wandel in Hamburg zur vollen Einfeldung gekommen ist, können die auswärtigen Kollegen nicht dringend genug gewarnt werden, nach hier zu kommen, da sie der Gefahr ausgesetzt sind, monatelang arbeitslos zu sein. In die Ausschichtskommission des Arbeitsnachweises in Hamburg wurden drei Kollegen gewählt. Vom Kollegen Pleczaj wurde auf die Aussperrung in Norwegen hingewiesen; es müsse verhindert werden, daß hier Streikarbeit gemacht wird. Kollege Storz blies, darauf zu achten, daß Steinkohlen, die zum Betriebe bewilligt werden, nicht im Haushalte des Arbeitgebers verwendet werden. Sei es doch vorgekommen, daß ein Prinzipal die nach seiner Privatwohnung verschobenen Kohlen wieder zurückholen lassen mußte. Einer Erhöhung des Kartellbeitrags von 2 auf 2,25 Mk. wurde ohne Diskussion zugestimmt. Einige Anfragen des Kollegen Lehner wurden, soweit sie nicht mit dem nachfolgenden Vortrag in Zusammenhang standen, dem Vorstand überwiesen. Sodann erhielt Kollege Selb (Berlin) das Wort zu seinem Vortrage: „Die gegenwärtige Lage.“ Redner erbat das Vertrauen der Hamburger Kollegen,

um ein erlebliches Abketten zu ermöglichen. Die gesamte Arbeiterschaft habe das größte Interesse daran, Deutschland wieder hochzubringen; dieses könne nur ermöglicht werden durch intensivierte Arbeit auf allen Gebieten. Den Verlauf des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam kurz schildern, gab der Redner einen ausführlichen Bericht vom Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Das Betriebsrätegesetz könne nur das Minimum vorstellen von dem, was die Gewerkschaften verlangen; es müsse verluft werden, mehr herauszubolen. Die Frage der Sozialisierung der gesamten Industrie sei vorläufig zurückgestellt, denn ein Staat, der für seine eigene Existenz schwer zu kämpfen habe, sei nicht in der Lage, die schwer danteilerliegende Industrie in sich aufzunehmen und sie wieder lebensfähig zu machen. Das Abkommen mit der alten Partei, daß keine größere Aktion ohne gegenseitige Zustimmung erfolgen dürfe, wurde aufgehoben, so daß die vollständige Neutralität der Gewerkschaften auf parteipolitischen Gebiete wieder hergestellt sei. Den internationalen Buchdruckerkongress in Luzern kurz streifend, schilderte Redner in kurzen, markanten Zügen die augenblickliche Lage im Buchdruckergewerbe in Deutschland. In den beiden letzten Jahren sei es gelungen, das Minimum fortgesetzt zu erhöhen. Das letzte Ruhen nach neuen Tarifverordnungen könne von schwerwiegender Bedeutung werden, jedenfalls müßten die Kollegen gewillt sein, auch die letzte Konsequenz zu ziehen. Die nächste Generalverammlung, die im Mai stattfindet, habe Beschlüsse von tief einschneidender Bedeutung zu fassen. Erhöhung der Unterfertigungslöhne, Regulierung der Beiträge, Ausbau des Tarifgedankens, Zusammenhluß zum graphischen Industrieverband seien Fragen, die dann beantwortet werden müßten. Unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse müßten wir unsere Beschlüsse fassen. Kollege Bruhn stand auch auf dem Standpunkte, daß wir wieder arbeiten müßten, aber dann müßte auch unsere Arbeitsfreudigkeit gehoben, d. h. unsere wirtschaftliche Lage verbessert werden. Opfer müßten gebracht werden, aber nicht nur von den Hungernden, sondern auch von den Satten. Die Tarifgemeinschaften müßten so ausgebaut werden, daß sie unsern Interessen dienen. Sollten beim Zusammenhluß zum graphischen Industrieverband die Unterfertigungseinrichtungen ein Hindernis bilden, so müßten diese von den Gewerkschaften abgetrennt und selbständig gemacht werden. Kollege Goldstirn konstatierte, daß die internationalen Genossen mit ihren Beschlüssen geeizt hätten, daß sie gar nicht international gefant sind, sondern ihnen sehr die Nationalität aus allen Poren. Unser Kartell sei durch die vielen Änderungen ein Monstrum von Widersprüchen geworden. Kollege Martens stimmte mit Bruhn überein. Innerhalb der Gewerkschaften müsse gearbeitet werden, daß dieselben mit neuem sozialistischen Geist erfüllt werden. Redner wünschte mehr Verammlungen und Vertrauensmännerkungen. Kollege Ru in hier besprach die Zusammenhlußbestrebungen im graphischen Gewerbe und warnte dringend vor einer Abtrennung der Unterfertigungseinrichtungen von den Gewerkschaften. Auch Kollege Thorkauer würde es lebhaft begrüßen, wenn alle die Fragen, die hier angeschnitten wurden, in unsern Verammlungen behandelt würden. Redner verlangte mehr Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte. Ein Schlußantrag wurde angenommen. Nach einem kurzen Schlußworte des Kollegen Selb wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Durch die sorgfältige Steigerung aller Preise des täglichen Bedarfs ist die Hamburg-Altonaer Kartellgenossenschaft gezwungen, eine weitere Erhöhung der Löhne resp. Tarifverordnungen zu beantragen. Sie ersucht deshalb den Verbandsvorstand, unverzüglich Schritte zu unternehmen, damit unsere Löhne mit den zur Zeit geltenden Lebensverhältnissen in Einklang gebracht werden.“ Die Verammlung war sehr gut besucht.

Briefkasten

P. B. in A.: In Nr. 137, vorher alles selbgeleht. — A. A. in M. I. G. aber nur in abtätiger Umarbeitung. — M. G. in A.: Es wird sich noch etwas daran klären lassen. — 33412 in A.: Sie sind doch nicht eine bloße Nummer, haben doch auch einen Namen; der muß in Zukunft ebenfalls angegeben werden. — F. M. in A., P. B. in G., P. B. in G., M. G. in A., M. G. in A., F. M. in A., P. B. in A.: Wird in gekürzter Form aufgenommen gemäß was sich jetzt im „Korr.“ befindet“ (Nr. 133). — A. G. in A.: Zeit in einer Zeit: Nicht unbedingt zur Zeitveröffentlichung muß zuvor bewilligt werden. — M. G. in A.: Der Artikel zwar groß geraten, da er jedoch nicht für die Zeitung von Bedeutung ist, ich weniger polemisch ist, aber praktische Wege weist und erläutert, bringen wir ihn schnell. Die Mitteilung in Bezug auf mich jedoch, wenn in der nächsten Nummer nochmals von zwei Anzeigen aus gestrichen ist, unter möglichster Schonung unsern Raumes erfolgen, da wir sonst nicht damit durchkommen, was zu den Berliner Tagungen noch heraus soll. Wenn dies auch andern mit gilt, so sei Ihnen noch gesagt, daß der „Korr.“ die gewöhnliche Befassung mit dem „Graphischen Block“ nur in der Form weiterer Aufsätze über das Kartellgenosse und die damit erfolgten Ableben verprochen kann; mit den Schreibübungen unter dieser Firmierung müßten wir uns tunlichst nicht in besondern beschäftigen. In ersterer Hinsicht hoffen wir demnächst ein paar Spalten frei zu bekommen. Aber unsern Standpunkt dürfte wohl niemand in Zweifel sein. — O. A. in A.: Artikel geht wieder zurück, Generalversammlung ungelegen gehalten können erst im neuen Jahre daran kommen, haben sich keinen Raum dafür. — O. A. in A.: Eingang dankend beifällig. — M. G. in A. und M. G. in A.: Das Weitere aus Ihren Artikeln findet noch Umarbeitung bei einer andern Materie; es ist der Idee hinsichtlich des Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten oder der Berichterstaltung von den Mitgliedern. Daran hängt es. Wir müssen doch annehmen, daß man das dort liest. Warum der „Korr.“ nicht nach Prüfung des Sachverhaltes informiert wird, wissen wir nicht. Wir haben selber schon gefordert, daß in jedem Vorstand jemand beauftragt sein müßte mit der Orientierung für den „Korr.“ über außerhalb der Verammlungsberichterstattung liegende Angelegenheiten. Wenn in Karlsruhe ein „Angehänger“ von seinen Arbeitskollegen zurückgewiesen sein sollte, so wäre das zu verzeihen, denn die Berliner Anhängens, die den Inhalt der Beiträge unter der Aufschrift aus den betreffenden Orten

keine Anzeigebestellung. — D. M. in Monats 3,50 Mk. — G. P. in 5. 16,80 Mk. — G. C. in 5. 16,80 Mk. — A. G. in 5. 16,80 Mk. — D. T. in 5. 16,80 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 511, Fernsprecher: Amt Surlin 9, Nr. 1191.

Bekanntmachung

Der Antrag des Unterzeichneten betreffs Weibnachs-gabe an die Invaliden hat von den Geworkefänden einhellige Zustimmung erhalten. Wir ersuchen daher die örtlichen Funktionäre, an alle bezugsberechtigten Invaliden im Laufe des Monats Dezember eine Extraurück-schüttung von 50 Mk. gegen besondere Quittung zur Aus-zahlung zu bringen. Die Gewerkefänder wollen diese Be-träge aber nicht in die Quartalsabrechnungen einstellen, sondern besonders mit dem Unterzeichneten vornehmen.
Berlin. Der Verbandsvorsitzende.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Rheinland-Westfalen die Ehefr. L. Hermann Wich-manna, geb. in Neumark 1896, ausgl. in Witten 1914; 2. Wil-helm Caspers, geb. in Düsseldorf 1894, ausgl. in Köln 1912; 3. Paul Mannen, geb. in Rommersborn 1888, ausgl. in M.Glad-bach 1907; 4. Remund Schmidt, geb. in Schmelzort a. M. 1891, ausgl. in Krefeld 1895; 5. Karl Wilhelm Plum, geb. in Duisburg 1865, ausgl. in Krefeld 1895; 6. Wilh. Schmidt, geb. in Hülse-berg 1896, ausgl. in Warendorf 1916; 7. Carl Krollinsh, geb. in Grobshüh 1898, ausgl. in 1916; 8. Ferdinand Stranz, geb. in Mühlheim (Ruhr) 1898, ausgl. in 1915; 9. Heinrich Schenning,

geb. in Zurgelshausen 1895, ausgl. in 1913; 10. Hubert Summers-bach, geb. in Dipe 1. M. 1898, ausgl. in 1918; 11. Joseph Schöber, geb. in Dipe 1. M. 1884, ausgl. in 1903; 12. Eberhard Müller, geb. in Gfen 1894, ausgl. in 1913; 13. Wilhelm Müllers, geb. in Paderborn 1891, ausgl. in 1910; 14. Heinrich Pöhl, geb. in Köln 1898, ausgl. in 1916; 15. August Schulten, geb. in Oberfeld 1877, ausgl. in Paderborn 1916; 16. Rudolf Schmidt, geb. in Oberfeld 1894, ausgl. in 1912; 17. Emil Vogeljang, geb. in Barmen 1894, ausgl. in Gütersloh 1892; 18. Ludwig Diermayer, geb. in Gfeln 1899, ausgl. in 1917 (Mülheim) 1917; 19. Karl Schmidt, geb. in Marburg 1862, ausgl. in Hallungen 1880; 20. Erwin Tauscher, geb. in Hamburg 1898, ausgl. in Breilum-Hulm 1916; 21. Alfred Röhle, geb. in Braun-schweig 1898, ausgl. in 1916; 22. Anton Vebeling, geb. in Düsseldorf 1894, ausgl. in 1912; 23. Kurt Fiedler, geb. in Pauspohl 1899, ausgl. in Solweilg 1917; 24. Heinrich Kör-ger, geb. in Barmen 1896, ausgl. in 1914; 25. Alfred Böcher, geb. in Gfen 1899, ausgl. in 1917; 26. Dr. Richter 26. Dr. Schönlender, geb. in Sachsch 1875, ausgl. in Gms 1895; 27. August Seljam, geb. in München 1876, ausgl. in Nürnberg 1894; 28. Emil Stahl-schmidt, geb. in Dortmund 1896, ausgl. in 1919; 29. Christian Schornstein, geb. in Homberg 1877, ausgl. in Eisenach 1895; 30. Hermann Penningsfeld, geb. in Düsseldorf 1898, ausgl. in 1916; 31. Hermann Bergbold, geb. in Wilmshöfen 1896, ausgl. in Velmalhe 1914; 32. Gustav Himmelmann, geb. in Haspe 1874, ausgl. in 1894; 33. Alfred Schönel, geb. in Langenlöh 1891, ausgl. in 1895; 34. Gustav Herrmann, geb. in Duisburg 1896, ausgl. in 1914; 35. Arnold Sillgers, geb. in M.Gladbach 1883, ausgl. in 1901; 36. Der Elektrover-walter Barth, geb. in Dortmund 1896, ausgl. in Bochum 1915; waren noch nicht Mitglieder; die Ehefr. 37. Peter Rommelheim, geb. in Dflren 1887, ausgl. in 1905; 38. Robert Schaarman, geb. in Dortmund 1892, ausgl. in 1910; 39. Friedrich Jung-mann, geb. in Minden 1895, ausgl. in Eilabagen 1914; 40. Karl Strebing, geb. in Gandersheim 1887, ausgl. in 1906; 41. Konrad Straube, geb. in Herford 1869, ausgl. in 1887; 42. Walter Fuhrmann, geb. in Barmen 1882, ausgl. in 1901; 43. Albert Curjan, geb. in Mühlheim (Ruhr) 1856, ausgl. in Berleburg 1874; 44. Fritz Bochmühl, geb. in Barmen 1859, ausgl. in 1878; 45. Jean Ailein, geb. in Neuwied 1852, ausgl. in 1872; die

Drucker 45. Karl Hange, geb. in Sorb 1887, ausgl. in 1906; 47. Karl Fellerich, geb. in Alchenhain 1876, ausgl. in Guch 1894; 48. August Volkmamp, geb. in Oberfeld 1861, ausgl. in 1879; 49. Heinrich Bender, geb. in Neuwied 1891, ausgl. in 1909; 50. Wilhelm Reis, geb. in Düsseldorf 1849, ausgl. in 1867; 51. Heinrich Schmidt, geb. in Düsseldorf 1886, ausgl. in Hamburg 1904; 52. Karl Kamp, geb. in Düsseldorf 1857, ausgl. in 1875; 53. Ludwig Weiland, geb. in Wiesbaden 1886, ausgl. in 1907; die Schweiberger 54. Wilhelm Diefendorf, geb. in Weiel 1878, ausgl. in Gfeln 1896; 55. Anton Schulz, geb. in Schwelbe 1898, ausgl. in 1916; 56. Der Elektrover-walter Andreas Sagedorn, geb. in Hamm 1879, ausgl. in Seel 1899; waren schon Mitglieder. — Emil Wibrich in Köln a. Rh., Gereonshof 28.

Veranstaltungskalender

Waldenburg l. Schl. Veranstaltung Sonnabend, den 29. No- vember, abends 8 Uhr, im Vereinszimmer der „Gorkauer Bierhalle“.
Jlitzau. Veranstaltung heute Sonnabend, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr, im „Kochhaus“.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel Zur Tarifauschüttung. — Was in Leipzig not tut. Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Ge- werbe: Sagen des Graphischen Bundes. — Sagen für das Graphische Karlel. — Stellungnahme zum Graphischen Inbuhrlieberband (Rolle) im Leipzig Gau. — Die Düssel- dorfer graphische Arbeiterkass zur Frage des Graphischen Inbuhrlieberbandes. — Stellungnahme in Magdeburg. — Der Graphische Inbuhrlieberband kommt doch!
Korrespondenz: Braunschweig. — Bremen. — Hamburg-Altona. **Kochhaus:** Buchdrucker in öffentlichen Diensten. — Gehilfen- praxis. — Seminar für Zellungshunde und Zellungsprozi- schundliteratur und Papieren. — Offene Gewerkschaftslehre- stelle. — Führer der Umhängigen als Unternehm. — Gewerks- schaften und Auswanderung. — Klobenlot und Tuberkulose- bekämpfung. — Errichtung von Muehergerichten.

Der Verband der Verbandsgegner
kann sich der enormen Erhöhung der Post- und Eisenbahn- tarife nicht mehr erwehren. Vom 1. Oktober ab werden deshalb die Verbandshefte auf den unverändert bleiben- den Preisen, der nur 2 Mk. für Mitglieder beträgt, gele- gert.
Sammelbestellungen durch die Vorstände
— In einiger Zeit gelangen Subskriptionslisten zur Verfertigung — sind wegen der auf diesem Wege zu erzielenden Verbilligung des Bezugs nun um so mehr zu empfehlen. Die Besteller erhalten von jeht ab den Buchpreis plus Porto auf den Bestellzetteln in Zahlen angegeben. Bei Wohnort in- lande umlangreicher Bestellungen erfolgt Preisermäßigung durch besondere Mitteilungen. Bestellungen und Zahlung können einfallen noch in bis heriger Weise (ad 1: Radelli & Hille, Leipzig, ad 2: Verbandskassierer Gustav Eiler, Berlin).

Deutscher Buchdruckerkalender 1920
Nach unsrer letzten Anzeige, daß der Kalender in einer Auflage von 14000 vergriffen ist, sind schon wieder über 1500 Bestellungen eingegangen. Wir möchten aber jeden Kollegen in dem Besitz eines Kalenders wissen. Trotz der hohen Kosten soll deshalb ein Nachdruck vorgenommen werden. Zur genauen Fest- stellung der Auflage bitten wir aber unverzüglich noch ausstehende Bestellungen aufzugeben. Diese müssen bis 1. Dezember in unsern Händen sein. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Der Verband dieses Nachdrucks beginnt Mitte Dezember. In Betracht dafür kommen alle Kollegen, die ihre Bestellungen erst am 15. November aufgegeben haben.
Verband der Deutschen Typographischen Gesellschaften, Leipzig, Salomonstraße 8 III
Postfachkonto 53430.

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey
„Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden aner- kannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, ge- raden auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheit- hauers...“ — Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt („Neuwacht“ 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Dutzende von Zuschriften in unserm System, zum großen Teil von Gebildeten, sehr selten sind wenig darunter.“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es „... doch nicht nur als Durchschreib- system, sondern auch als Höchstleistung mindestens das gleiche leistet wie das System Oabelberger!“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Steno- grafie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochene Laut der Sprache geschrieben wird, 4mal schneller als in Gemein- schrift, wie auf der Schreibmaschine mit 2 oder 3 Umschaltungen.
Karl Scheithauers Verlag, Postcheck 52 072, Leipzig-Lindenu.

Magdeburg/Halle Geschäftsleiter/Redakteur
für eine täglich vierseitig erscheinende Parteizeitung gesucht. Kollegen, die den Anforderungen gemachsen sind, wollen Bewerbungen mit den erforderlichen Unter- lagen sofort an Louis Schae, Alken (Elbe), Köthener Straße, richten. Wohnung vorhanden. [936]

Leiter einer Photo-Zinkographie
Gesucht für das Ausland ein
Gebalt täglich 40 Mk. Billige Lebensverhältnisse, freie Reise zweier Klassen, Um- gungshon werden bezahlt. Näheres bei Einsendung von Zeugnisabschriften unter L. H. 8855 an Rudolf Wlosse, Leipzig. [928]

Geschäftsführer
Für eine größere sozialdemokratische Tageszeitung Oberhessens wird ein
Geschäftsführer
gesucht. Derselbe muß im Zeitungsg- werbe nachweisbar gute Erfahrungen besitzen und den technischen, kaufmänni- chen und Propagandaeitel vollständig be- herrschen. Bewerber, die der polnischen Sprache mächtig sind, werden bevorzugt. Eintritt möglichst am 1. Dezember. Offerten sind zu richten an die
[938]
Sozialdemokratische Bezirksleitung für Oberhessen,
Weihen (O.-S.), Lange Straße 38.

Preisanschreiben „Chmke-Antiqua“
Mehrfachen Anregungen aus Teil- nehmerkreisen entsprechen wird der Schlußtermin für weitere Einbringungen auf 31. Dezember d. J. verfallen. Bauerei Schmecher, Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Maschinenmeister
Mäßig im Abhängen, Platten-, Farben- und Illustrationsdruck, sowie guteralliger
Typographischer
(A) finden dauernde Stellung. Ang. an Buchdruckerei B. Meyerheim, Brandenburg (Havel).

Gebrauchte Walzenmasse
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 931 an die Geschäftsstelle d. Z.

Ich zahle 10 Mk. monatlich
und bestelle bei C. S. Otto & Co., Berlin-Lichterfelde,
1 Klassiker-Bibliothek
23 Bde. gebunden für 130 Mk.
Björnson 1 Bd., Grillparzer 1 Bd., Gutherow 1 Bd., Haupt 2 Bde., Heibel 2 Bde., Meine 2 Bde., Ibsen 2 Bde., Kleist 1 Bd., Körner 1 Bd., Lessing 1 Bd., Ludwig 2 Bde., Schiller 3 Bde., Angelei bei Bestellung einlösend. (Postfachkonto 47344 Berlin.)

Rotationsmaschinenmeister
für 16seitige A. & B. Maschine gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften, Alters- und Lohnangebe an [922] „Norddeutsche Zeitung“, Nürnberg.

Maschinenband
Gutebenschqualität, lesen
Beizer & Hoff,
Düsselhof, Graf-Blodt-Straße 112.

Ortsverein Trebbin
Am Sonnabend, dem 29. November, abends 7 Uhr, feiert der Ortsverein sein
21. Stiftungsfest
unter Mitwirkung des Berliner Sumo- Quartetts und des Gesangsvereins „Grete Sänger“, Trebbin. [932]
Trebbin werden sämtliche ehemalige Ortsvereine Kollegen herzlich eingeladen. Das Festkomitee.

„Wie errichtet und leitet man einen Verein?“
Nach dem neuen deutschen Vereins- gesetz für den praktischen Gebrauch be- arbeitet von Hermann Langner, Mit- Müller, Formularen und dem neuen Vereinsgesetz im Wortlaut, 1,50 Mk. Zu beziehen durch den Graph. Verlag A. Egel, München 8, Columbusstr. 1.

Un Ortsvereinsbibliotheken
verleide ich umsonst und postfrei eine stets aktuelle Wochenchrift. Bitte zu ver- langen.
A. Egel, München 9.

Musikinstrumente
aller Art
Garantiert
für
hervorragende Güte
Max Dörfel, Klingenthal i. S. [924]
Preisliste frei

Zu kaufen gesucht:
Rotationsmaschine, Schmalzmaschinen, Schnellpressen, Schneidmaschinen, Ziegel usw.
Vermittler Provision!
Säkulum-Verlag
Berlin SO 16, Franzstraße 10,
Telephon Moritzplatz 14330.

Ein Buch, von dem man spricht!
Im Verlag von W. Panntuch & Co., Magdeburg, erschien soeben:
Frührot
von August Winnig
Die Schuljahre des ehemaligen Mauerer- gesellen und letzten Oberpräsidenten von Anhalt-berg
Preis 7 Mark
„Frührot“ von August Winnig, dem Sohne des Totengräbers von Wittenberg am Harz, der das Mauererhandwerk erlernte, dann seiner Berufsgenossen als Organisationsbeamter und Redakteur wertvolle Dienste leistete, hat ihn der große Novemberbruch 1918 als General- bediensteten des Deutschen Reichs für die baltischen Länder und als Gefangenen bei den Republikanern in Ost- und Westland sah, ist das **Buch für die deutsche Jugend**
Der Verlag liefert es in guter Ausstattung und geschmückt mit feinen Zeichnungen des Professors Richard Winkler in Magdeburg. Durch jede Buchhandlung zu beziehen

Erster Faktor
in erster Linie moderner Lithograph und Drucker, gewissenhaft in Preis- berechnung und Pünktlichkeit, sowie befähigt, einem größeren Personal schaff- voll und energisch vorzuführen, für 1. Januar 1920 nach Großstadt Sachsen gesucht. Best. ausführliche Angebote unter Nr. 927 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Fritz Vonderheid
aus Heppenheim a. d. Bergstraße wo
Hecht Du? Es sucht Dich Dein Freund
und Kollege [924]
Des Krausfeld
(In Buchdruckerei H. Schneider),
Dann (Eifel).

Wo wohnt in Berlin
Schönlieser Paul Zimmermann, der
seit 1904 einen Schwager Richter in New
York hat? Angaben zur Vermittlung an
Karl Gränder, Marktlissa (Schle.), erb.

Zehlerbuch von C. v. Coelln
Gamm. v. Sprachlehren, portofr. 1,80 Mk.,
u. and. gute Fachbücher f. Architekten.
Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos.
Die Verlagsabteilung in W. D. D. E. W.
Leipzig, Salomonstr. 8, Postfch. A. 53430.

Neuer Schienener Preisliste
verfendelt gratis und franko 1879
M. Weigt, Fachgeschäft graph. Verleger,
Leipzig-Gölitz, Papiermühlstraße 5.

Am 12. November verstarb
nach vierjährigem Krankenlager
infolge Lungenerkrankung unser
liebes Mitglied, der Kollege
Emil Klein
in seinem 54. vollendeten 34. Be-
denjahr. [925]
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Die Mitgliedschaft Eternisbrde.

Am 14. November verstarb
unser treues Mitglied, der Kollege
Johs. Wilh. Eberling
im Alter von 71 Jahren.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Der Maschinenmeisterverein
Frankfurt a. M. - Eberling.

Am 12. November verstarb
nach längerer, schwerer Krank-
heit unser lieber Kollege
Wilhelm Sägerstammer
im 65. Lebensjahre.
Sein aufrichtiger Charakter und
sein kollegialer Sinn sichern ihm
bei uns allen ein dauerndes,
ehrendes Gedächtnis.
Das technische Personal
der „Hamburger Nachrichten“.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig bzw. Quartier, sechs mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 136 — Leipzig, den 22. November 1919

Reaktionsfähig: Dienstag, Donnerstag und Samstag früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Was in Leipzig not tut

Der in grundsätzlicher Beziehung bedauerliche Abschluß der letzten Gaumitgliederversammlung (7. November) zwingt auch mir die Feder in die Hand. Wenn Kollege Preiser (Berlin-Nickensberg) in der Nummer des „Korr.“ vom 8. November den Hamburger Kollegen wegen ihres Standpunktes in der Frage einer graphischen Räteorganisation eine Vorlesung hielt, so darf man wohl der eigenen Mitgliedschaft gegenüber mit mehr Recht einmal zur Kritik greifen. Ich bin ja nicht der erste darin, möchte aber nicht minder zu dem bestimmt falschen Beschlusse vom 7. November, der die graphischen Gewerkschaften und damit auch unsern Verband in die Zeugnisse wandern, den graphischen Industrieverband auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes aber als leuchtendes Morgenrot am graphischen Himmel aufgehen läßt, meinen Kollegen in Leipzig auch einleiten lassen.

Freilich muß unterschieden werden, daß hier nur die Leipziger Versammlungsmehrheit sprach, daß dabei aber die Mehrheit der Kollegen gar nicht um ihre Meinung befragt werden konnte. Ich habe mich deshalb getraut, daß die Kollegen Dreher und Schaeffer in ihrem energischen Artikel vom 13. November, mit dem sie auch dem Erlumpfungsweg von interessierter Seite in der „Leipziger Volkszeitung“ über das Ergebnis der letzten Buchdrucker-versammlung einen klügeligen Dämpfer aufgeleitet haben, durch die Zahlengleichstellung von 900 Stimmen für das Böttcherische Wunderezeugungsprodukt und 700 dagegen bei 5750 Mitgliederbestand schon zum Ausdruck brachten, wie man den „Siege“ von Böttcher zu beurteilen hat. Der Versammlungsbesuch von 1600 erscheint mir nach dem Fassungsvermögen des Saales aber doch etwas zu hoch gerufen. Auf jeden Fall haben sich noch nicht 13 Proz. aller Leipziger Mitglieder den Kollegen Böttcher zum Meißel erkoren.

Ich will auch nicht wie dieser jugendliche Stürmer, der mit seinem Freunde Dr. Kurt Geyer unter den Extremistenradikalen (in Leipzig gibt es mancherlei, was man wo anders nicht kennt) die Führung hat, patetisch erklären, man dürfe sich nicht vom Parteistandpunkte leiten und nicht von Personenfragen bestimmen lassen, um im Schlußwort dann das Gegenteil davon zu tun, wie sich das auch in seinen „Graphischen Block“-Artikeln zeigt, sondern will ehrlich versuchen, mich davon fern zu halten, soweit das bei den ganz verfahrenen Leipziger Verbänden noch möglich ist.

Ich unterschreibe, was Kollege Helmholz am 7. November sagte: „Nah! uns unsere Seele als Kollegen wiederfinden!“ Das ist aber nicht so leicht, da man seit März d. J. den Weg einer sachgemäßen Opposition verlassen hat und zu einer Opposition nach dem Partischema übergegangen ist. Damals haben sich Kollegen, die der unabhängigen oder der kommunistischen Partei angehören, zu einem Block zusammengeschlossen, der je nachdem bei untern Versammlungen in die Erscheinung tritt, der auch Unterklassen zur Einberufung von außerordentlichen Mitgliederversammlungen sammelt, die auch schon den Zweck gehabt haben, gefasste Beschlüsse wieder umzustößen, was im Falle der Fall gewesen ist, wobei sich das Krauerpriel ergab, daß man einen Kollegen überhaupt nicht sprechen ließ, während derselbe (Mittag) kurz darauf in dem sehr radikalen Arbeiterkreise seine Gründe ruhig vortragen konnte.

Seit dem Frühjahr ist diese zur Fraktion gewordene Opposition am Werke, hält Sitzungen ab und gibt Marschrouen aus. Dadurch ist es sogar so weit gekommen, daß in der Oktoberversammlung, bei dem Schaefferischen Vortrag über die Berufsgemeinschaft, die ersten zwei Diskussionsredner erst einmal ihre Willenskarte als Kommunisten abgaben; der erste gar mit der Betonung, daß er für die kommunistische Partei spreche, was kein nachfolgender Fraktionsgenosse zum Größten der Versammlung jedoch gleich bestritt, um zum Schluß mit einer Aufforderung zum Austritt aus dem Verband abzutreten.

Mehrere Kollegen (darunter auch solche, die sich als unabhängige bezeichnen) haben sich im „Korr.“ gegen diesen Parteistandpunkt im Gewerkschaftsleben gewandt und auch die Redaktion hat entschieden die Fraktionsbildung verurteilt. Aber es ging die schlechte Ebene weiter hinab. Kollegen, die der Mehrheitspartei angehören, unternahmen im Laufe der Zeit dann Vorläufe zu einer organisierten Gegenwehr, und als Kollege Böttcher, der in der Buchdruckerfraktion USP und KPD sehr aktiv ist, merkte, daß sich von dieser Seite Ernst gemacht werden könnte, predigte er am 7. November mit einem Male die Notwendigkeit, bei der Rätefrage müsse jeder Parteistandpunkt ausgeschaltet werden.

Diese Fäusung ist ihm auch geglückt bis zu seinem Schlußwort. Da ging er aus seiner Haut heraus und apostrophierte nicht nur diejenigen Diskussionsredner, die (in einem Falle mit tatsächlich wenig Gehalt) ihm entgegenstehen, sondern gleich auch den andern Teil der Versammlung in überheblichem Tone, mit schreiender Stimme und mit den gewagtesten Behauptungen und herabwürdigenden Auslassungen über die Gewerkschaften und ihre Führer. Daraufhin nahm die Versammlung einen förmlich samuraiartigen Charakter an, denn nun merkten erst

viele Kollegen, daß die während des Referats beobachtete Sachlichkeit und Parteilosigkeit nur Maske gewesen war.

Sein Vortrag selbst wurde mit einer Ruhe angehört, die nicht jedem Redner beschieden ist, obwohl Böttcher gegen Ende des Vortrags die Subjektivität eine harte Probe stellte mit der Beurteilung der Gewerkschaften und dann mit der Erklärung, daß die letzten graphischen Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Steinbrucker, Hilfsarbeiter usw. zugunsten der Böttcherischen „Erklärung“ durch den Industrieverband auf der Rätegrundlage abzudanken hätten. Darüber besah er gar keinen Zweifel. Es fehlte nur noch die Empfehlung der kommunistischen Methode des „Verschlagens“ der Organisationen, worüber der Kollege Faulstich dem Referenten unerbittlich auch eine Andeutung zu machen wußte.

Die trotz dieser wundervollen Perspektive, von der gewöhnlich die große Mehrheit der Leipziger Kollegen alles andere denn erbaut ist, beobachtete musterhafte Ruhe war aber bei zwei Rednern, die ihren entgegengesetzten Standpunkt etwas drastisch darlegten, schon dahin, und es begann die Serie von Zwischenrufen, die in Leipzig den Versammlungsbesuch so vielen Kollegen verleitete.

Was den sozusagen wissenschaftlichen Teil des Böttcherischen Vortrags anbelangt, so will ich mich dazu weniger äußern, denn das ist nicht das Wesentliche bei dieser Angelegenheit. Wenn jemand seinen Vortrag schon sehr oft gehalten hat, wie der Kollege Böttcher in „Leiner“ Fraktion und anderswo, dann muß ja die Sache wohl geschmälert gehen. Bei den mancherlei Berufungen auf Karl Marx und das Erfurter Programm konnte man verschiedene Kollegen lächeln sehen, auch von „Leiner“ Fraktion, denn die beiden Jungmänner Kurt Geyer und Böttcher werden selbst in ihren Parteiläusen schon als weit fortgerückt vom marxistischen Zentrum betrachtet.

Es war das ja in der letzten Zeit von der andern Richtung der Volkszeitungsredakteure (auch dort ist man jetzt gespannt!) schwarz auf weiß zu lesen. Da aber der Kollege Böttcher seinen Vortrag eigentlich wiederholte, ist es verwunderlich, daß noch so viel Widerspruch und Selbstanleihen vorkamen. Seine früheren Subjektivitäten mußten daher noch unkritischer gewesen sein. Oder ist es dort so, daß von einem „Parteilobgen“ alles unbedenken blingenommen wird, während man einem „Gewerkschaftsbonzen“ immer skeptisch gegenübertritt?

Die Wahl eines fünfgleidrigen Aktionsausschusses lag im Zuge der Majorisierung, die man systematisch betrieb. Dieser Aktionsausschuss kann aber die Welt nicht aus den Angeln heben, denn die Generalversammlungen der graphischen Verbände haben doch nur zu entscheiden, was geschehen soll, nicht eine Leipziger Buchdrucker-versammlung, die in ihrer gemachten Zusammensetzung der Opposition das Übergewicht gibt.

Eine nicht erhebliche Versammlungsmehrheit hat sich also für die Geyer-Böttcher-Politik erklärt. Etwas mehr Beirückung des dem Referenten entgegenstehenden Standpunktes, die wohl infolge der vorgeschickten Sachlichkeit unterließ, hätte aber die Abstimmung doch noch etwas zweifelhafter erscheinen lassen. Viele, zumal junge Kollegen sind über Wert oder Anwert von Theorien noch nicht im klaren; andern wieder, die inmitten der Opposition kaum den Mut zum Händeheben haben, muß der Rücken gestützt werden. Man hört verschiedentlich von Versammlungssteilnehmern, bei der wiederholten Abstimmung wäre sogar doppeltes Handreihen vorgenommen und dadurch für die Referentenresolution beim zweiten Gange größere Stimmenmehrheit entstanden. Wenn das der Fall sein sollte, dann müßte auf gewisse Gruppierungen im Saale mehr geachtet werden. Bei dem Sammeln der Unterzeichner für diese Versammlung ist es ebenfalls nicht ganz einwandfrei hergegangen, indem der Zweck der Abung nicht gerade deutlich erkennbar gemacht war; auf dem Arbeitskreis wurde die Unterzeichnung sozusagen zum guten Tone. Der Zweck heißt ja so manchemal bei Oppositionellen die Mittel!

Wie aber die Berliner Kollegenchaft den mehr zufälligen Beschluß der Vertrauensleute vom 1. September über die Verbandspolitik usw. nicht als gegebene Tatsache hinnahm, so daß in bald darauf abgehaltenen elf Bezirksversammlungen, an denen reichlich zwei Drittel der Berliner Mitglieder teilnahmen, gegen nur einige Stimmen dieser Beschluß wieder verworfen und ebenso der Böttcherische Industrieverband abgelehnt wurde, so muß es auch in Leipzig Wege geben, die Meinung der Gesamtheit zum Ausdruck kommen zu lassen.

Das nächste wäre in Leipzig die Abstimmung, die wir in unserm Gauaktual (S. 14) wohl schon seit Jahrzehnten haben. Freilich unvollkommen, denn wenn erst eine Mitglieder-versammlung die Vorname zu beschließen hat, dann kann bei den letzten Saalverbänden (verfälscht durch Rohlen- und Walmangel, Behinderung der Polizeikräfte usw.) wie angesichts einer skrupellosen Opposition, die alle Schwierigkeiten ausnützt, es nicht so leicht fallen, einen Beschluß auf Abstimmung durchzubringen. Man hat ja in der Versammlung zu Anfang September den recht lauten Widerspruch gehört, als Kollege Strahl auf die enorme Überfüllung des Saales hinwies und in Anbetracht der von der Opposition eingebrachten, grundsätzlich sehr weitgehenden Resolution (auch das Räteallheilmittel

land Erwähnung darin) eine Abstimmung unter Berufung auf das Gauaktual für notwendig hielt, um allen Mitgliedern diese Licht so nur bleibende Gelegenheit des vollen Mitbestimmungsrechts zu gewährleisten. Man wolle davon nichts wissen, und die Mißmachaktion zog mit dem Parteigemeinschaftskapital davon.

Wenn ich nicht irre, verlangte man die nämliche Zeit die Dresdner Opposition energisch Abstimmung über die Carlsruher Beschlüsse. Ihre Leipziger Collegenbrüder aber sind gegen die volle Demokratie; sie machen Gassen über die „formale Demokratie“ und suchen dahinter noch nicht ehrliche Haltung zu verbergen. Der § 14 muß also in Zukunft unabhängig gemacht werden von einer terroristischen Versammlungsmehrheit; er muß bei sehr wichtigen Angelegenheiten schon vom Vorstand aus anwendbar gemacht oder sozusagen automatisch in Funktion gesetzt werden können. Das muß eine Aufgabe der nächsten Generalversammlung des Gaues sein, sofern nicht vom Gesamtverbande gleichzeitig einhellige Beschlüsse für die Abstimmung kommen, wie vom „Korr.“ schon angekündigt worden ist.

Die Abstimmung selbst kann kein ehrlicher Kollege mehr ablehnen. In andern Gewerkschaften wird sie bei Streiks schon lange und mit der Zeit immer mehr gehandhabt. Das hat man jetzt bei dem von überradikaler Seite verkrachten Metallarbeiterstreik in Berlin auch wieder gesehen. Unsere Berliner Kollegen haben ebenfalls, wie die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, auf diesem Wege hierzu ihre Entscheidung getroffen. Aber Wieder- oder Neueinführung der Altkordarbeit läßt man andre Arbeiterkreise sich jetzt ebenso erklären.

Ein recht eklatantes Beispiel haben vor einigen Wochen die Leipziger Unabhängigen geliefert. Bei ihnen tobte in der ganzen letzten Zeit der Streit um die dritte Internationalen, den Antiparlamentarismus, die Diktatur der Minorität des Proletariats usw. Kollege Böttcher ist mit seinem Freunde Dr. Geyer der Führer der Opposition gegen die Parteilosigkeit. Viele kämpfte mit aller Macht gegen die radikaleren Jünger an (in unsern Mitgliederkreisen hört man, der Gauvorkand hätte bei uns auch so für klar Feld sorgen können), die in den Versammlungen die Oberhand behielten. Da machte die Parteilosigkeit von dem natürlichen Rechte der Abstimmung Gebrauch. Nachdem man fast monatelang unter der Maide Geyer-Böttcher die Versammlungen für ein Abschwenken in das kommunistische Fahrwasser zu gewinnen versucht hatte und in der „Volkszeitung“ die Krebserkrankung der Redaktion deswegen auseinandergerissen waren, führte die Abstimmung am 2. November zu einem Ergebnis, auf das die Unabhängigen in keiner Weise stolz sein können, wenn es auch die notwendige Klärung brachte. Die Resolution Böttcher erhielt nämlich trotz bedenklicher Beeinflussungsversuche, die der Lokalredakteur (Mebmann) in dem Leipziger unabhängigen Organ wie vieles andere in diesem häuslichen Striege recht erbaulich schilberte, nur 4700 Stimmen, für den Standpunkt der Parteilosigkeit wurden 5811 Stimmen abgegeben. 291 Stimmen waren unguiltig, nicht weniger als 33614 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Das beweist einmal, wie wenig der von den Führern heraufbeschworene Streit bei den Arbeitern überhaupt findet, und zeigt das andre Mal, daß die große Mehrheit der Leipziger Unabhängigen trotz des nach außen hin wirkenden radikalen Scheins mit ihrem Denken und Fühlen mehr auf Seiten der alten Partei steht, denn die ganz Radikalen sind doch höchlich alle bei der Abstimmung zur Stelle gewesen. Es haben also nur 10 Proz. von der unabhängigen Partei in Leipzig sich als Gefolgschaft des Staates im Staat erwiesen, in dem als Serenismus Dr. Geyer und als kein Abjutant Hindernisse der Kollege Paul Böttcher ihr geistlich wenigs anspruchsvolles Publikum zu unterhalten verließen.

Für diese empfindlichen Mitglieder am 2. November haben nun am 7. November 18 Proz. der Leipziger Buchdrucker dem Kollegen Böttcher Ballast auf die schwere Wunde geträufelt, indem sie seiner Rundreise auf einem Neuruhrigen Arbeiterbogen (wozu als „Handwerkzeug“ nur noch das Moritaleschreiben gefehlt hat, wie man es in Altkordzeit auf Jahrmärkten lab) geduldi folgten und seinen äußerst einseitigen Beschreibungen von Marx und dem Erfurter Programm ebenso willig Glauben schenkten. Von Leipziger Arbeitern, die nicht auf ganz ultraradikalem Standpunkte stehen, hörte man in Bezug auf den „Siegesbericht“ in der „Leipziger Volkszeitung“ sagen, daß nun, wo die Leipziger Arbeiter anlangen, wieder vernünftig zu werden, die Buchdrucker dafür vor ... werden! Das erleuchtet die Situation nicht minder. Es war nach dem Vorgang in der unabhängigen Partei doppelt zu vermuten, daß kein Redner in unserer Versammlung am 7. November Abstimmung beantragt hat, zumal deren kommende Einführung von Anzag, Dresden usw. im „Korr.“ begrüßt worden ist, und wir in Leipzig sie doch schon lange haben. Wir wissen nur keinen Gebrauch davon zu machen, obwohl die Mitgliederzahl von 5750 und die Saalverhältnisse dazu zwingen würden, wenn wir sie noch nicht hätten. Aber das Versäume kann und muß nachgeholt werden; läßt doch § 14 zu, daß ein Antrag „auch nach erfolgter Beschlußfassung über denselben“ der Abstimmung überworfen werden kann.

Warum nun macht die Mehrheit von dieser Handhabe zur vollen Demokratie keinen Gebrauch, wo die Minderheit den § 11, der die Einberufung von außerordentlichen Versammlungen auf Antrag aus dem Mitgliederliste zuläßt, schon mehrmals und auch zum 7. November sich zunutze gemacht hat? Betrachtet sich die Mehrheit als minderberechtigt, wäre das ein trauriges Zeichen und für die andere nur noch mehr Ansporn, die von der Leipziger Arbeiterschaft jetzt verlorene Diktatur der Minderheit des Proletariats bei den Buchdruckern zu ständigem Rechte zu machen. Es wäre das weiter auch eine Verleumdung an den Verbandsinteressen. Die angenommenen Resolutionen der Opposition vom 5. September und 7. November sind schon Schulbeispiele dafür, wenn auch die eine wie die andere keine Verbindlichkeit hat; für die Allgemeinheit nicht und nicht für die Leipziger Kollegenliste, von der am 7. November nur etwas über zwei Ebenen der Saal aufzunehmen vermocht. Ich will aber nicht so verstanden werden, daß ich für eine neue Versammlung über den Industrieverband „Schulmarke Böttcher“ einträte, sondern es müßten gleichzeitig mehrere in dieser Angelegenheit tagen und über die Vornahme der Urabstimmung beschließen. Nur dadurch, wenn wir möglichst jedem Mitglied Gelegenheit geben, an den Verbandsversammlungen teilnehmen zu können (es wird immer wieder behauptet, daß trotz Säkunkontrolle Nichtbuchdrucker sich einschmuggeln und für Hebung der „Stimmung“ sorgen), das Recht, sein Urteil in die Waagschale zu werfen, aber allen möglich machen durch die Urabstimmung, kann das Organisations- und Versammlungsleben in Leipzig wieder gesunden! Die Minderheit soll nicht vergewaltigt werden, das kann auch gar nicht geschehen, wenn alle ihre Stimmen abgeben können. Es entschieße dabei die auf demokratischem Weg ehrlich ermittelte Meinung der Gesamtheit. Aber Diktatur dürfen und wollen wir nicht dulden!

Ich bin mir aber klar, daß mit mehreren gleichzeitigen Versammlungen nur eine Salzhaut geschaffen würde, wenn nicht Sphären in die Sache gebracht werden könnten. Deshalb ist ferner nol, daß auch in Leipzig die Einführung von Bezirksversammlungen durch Statut erfolgt. In Berlin hat man sie wohl jetzt bald lieben Jahre; sie haben sich gut bewährt, wie jeder, der in Berlin konditionierte, erzählt. Berlin ist mit über 11000 Mitgliedern die größte, Leipzig mit 5750 die zweitgrößte Mitgliedschaft. Die beiden größten Säle hat uns „Alberthalle“ und „Johann-Garben“ lassen jeder etwa 3000 Personen. Fast die Hälfte der Mitglieder wäre also selbst dann vom Besuch ausgeschlossen, wenn einer dieser beiden größten Säle zu Versammlungen benutzt werden könnte. Das ist aber jetzt klotziger als früher. Wenn nun der Gauverein Berlin seine elf Bezirke hat, so könnten es in Leipzig vier, vielleicht nach der Himmelsrichtung eingeteilt, fünf; zu erwidern wäre noch nach Berliner Muster ein gemeinsamer Nacharbeiterbezirk, der Sonntagstage Versammlungen abhalten könnte. Obwohl die Sache auch für Leipzig nicht so schwierig ist (denn die beiden sozialdemokratischen Parteien haben schon Ortsvereine, die sich nach Stadtteilen/Wohnbezirken zusammenheften), will ich doch das Berliner Beispiel mit den Bezirken kurz etwas erläutern. Die Bezirksversammlungen sollen in der Regel allmonatlich stattfinden, sie werden aber meistens vor den Generalversammlungen des Gauvereins abgehalten. Alle wichtigen Vorgänge aus dem Organisations-, Tarif- und gewerblichen Gebiete werden von den Bezirksleitern zur Kenntnis gebracht. Außerdem soll möglichst in jeder Versammlung ein Vortrag gehalten werden, der die Kenntnisse der Mitglieder in gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung erweitert. Jedes Mitglied erhält eine Legitimationskarte, die beim Besuch abgestempelt wird. Jeder Wohnungswechsel ist der Gauverwaltung anzugeben, es findet dann je nach dem Umzug eine Überweisung in einen anderen Bezirk statt. Die Tagesordnung für die Bezirksversammlungen wird vom Gauvorstand aufgestellt. Jedem Bezirk stehen ein Bezirksleiter, ein Stellvertreter, ein Bezirkssekretär und zwei Schriftführer vor. Die Bezirksleiter gehören auch dem Gauvorstand an. Vierteljährlich finden Generalversammlungen des Gauvereins statt, zu denen auf je 30 Mitglieder jeder Bezirk einen Delegierten entsendet, die für das laufende Kalenderjahr eine Legitimationskarte vom Gauvorstand erhalten, auch die Druckereivertrauensmänner haben in den Generalversammlungen Sitz und Stimme. Die Generalversammlungen erledigen alle Angelegenheiten und Fragen von größerer Bedeutung, nehmen Wahlen vor usw. Es finden nach Bedürfnis auch Vertrauensmännerparlamenten statt, wozu ebenfalls die Direktoren vom Gauvorstand ergehen. Die Geschäftsordnung des Gauvereins hat Gültigkeit für Versammlungen aller Art.

Es würde also mit den Bezirksversammlungen einer weiteren Notwendigkeit für die Leipziger Verhältnisse genügt werden können. Wohl könnte mancher dabei sein Stegenpferd nicht mehr reiten (wie beispielsweise der heilige „Korr.“/„Kritikus“), aber niemand würde behindert sein, in seinem Bezirke gute Reden zu halten und positive Vorschläge zu machen. Die lösenden Elemente würden nicht mehr so woffig in die Erscheinung treten, was auch nicht zum Nachteile der Versammlungen wäre. Der Gauvorstand könnte die Versammlungen aber so nutzbringender gestalten und wüßte dann wenigstens, was die Mitglieder mehrheitlich denkt und will, während ihn präparierte Versammlungsberichte, die nur einen kleinen Teil der Gesamtheit darstellen, in ganz schlechte Lagen bringen müßten. Es scheint ja jetzt schon ein Bedürfnis zu bestehen zu weiteren Versammlungen in gleicher Angelegenheit. Haben sich doch die Stereotypen in ihrer Sparte am Sonntag, dem 16. November, vom Kollegen Böttcher extra noch in die Mysterien des Rätselstems ein-

führen lassen, was denn doch wohl nicht in den Bereich der Spartenverfassungen gehört.

Zwei Eventualfällen könnten anfänglich zwar einstreifen, nämlich nicht zahlreicher Besuch und Rednermangel. Der erstere ist aber kaum zu befürchten, denn wo man hindrückt, da gibt es über den Vorfall vom 7. November. Die Schlappschwänzer dürfte nun auch bei den Kollegen aufhören, die sich selbst zum Mittelde zweiter Klasse machen durch ihre Teilnahmslosigkeit. Es wäre jedoch damit zu rechnen, daß, wenn erst einmal die Gewähr gegeben ist, in die Versammlungen überhaupt hineinzukommen, das Versammlungsleben von selbst seinen einseitigen Charakter verliert.

Schönere alle redegabigen Kollegen auf, in Zukunft mehr aus der Reserve herauszutreten. Es haben noch viele vernünftig denkende Kollegen das Zeug zum Diskussionsredner, aus deren Erfahrung gerade der Kollege Böttcher oft viel lernen könnte. Der „Wibbau“ des Verbandes im Böttcherischen Sinne wird ja Jomelo noch manchem die Junge Iden, dann das Maß der Geduld scheint nun endlich erschöpft zu sein, und auf Täuschungskünste, daß keine parteipolitischen Interessen und keine Personenfragen eine Rolle spielen dürfen, wird man wohl nach den hanebüchlichen Herausforderungen im Böttcherischen Schluchwort und nach seinem Artikel im letzten „Graphischen Block“ über das Erfordernis einer andern Redaktion für das Verbandsorgan nicht mehr hineinkommen. Nebenbei gesagt, es könnte auch der „Korr.“ mehr aus seiner Reserve gegenüber dieser Abföhlung der „Buchdruckerwacht“ heraustreten!

In Leipzig tut uns also gleich mehreres nol. Aber ich habe die Hoffnung und die Erwartung, daß wir uns von unten auf ganz gut helfen können, wenn wir den unerschütterlichen Willen dazu haben. Das es so nicht weitergehen kann, wie es die Mitglieder UGP, und APD, seit dem Frühjahr gehandelt haben, wird wohl für den nächsten, der den Niedergang in diesem Jahre mit Schreden verfolgt hat. Auf zur Abwehr — auf aber noch mehr zur Einheits! Kollegen Leipzig, die Wege liegen offen vor uns, wir wollen sie beschreiten mit festem Willen und Ausdauer!

Leipzig.

Ms.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In München wurde der Kriegsbeschädigte Kollege Franz Schwarzenberg als Referent für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge in das Ministerium für soziale Fürsorge berufen; an seine bisherige Stelle als Landessekretär des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen trat Kollege Otto Bormann in Würzburg. — In Neuwied wurden die Kollegen Ludwig Ernst und Will Fackert zu Stadtverordneten gewählt.

Gehilfenprüfungen. Mit den diesjährigen Herbstprüfungen in Berlin wurde am 28. August begonnen und dieselben am 15. November beendet. 129 Seher, 94 Drucker und 8 Stereotypisten bzw. Galvanoplastiker haben sich zu den Prüfungen eingelassen; darunter waren noch viele ehemalige Kriegsteilnehmer, denen es erst jetzt möglich war, die Gehilfenprüfung abzulegen. Die Seher erhielten folgende Noten: 24 „Gut“, 58 „Stemlich gut“, 37 „Genügend“, 7 „Kaum genügend“; 3 Seher haben die Prüfung nicht bestanden und kann dieselbe frühestens nach einem halben Jahre wiederholt werden. Das Ergebnis bei den Druckern war: 2 „Recht gut“, 13 „Gut“, 31 „Stemlich gut“, 45 „Genügend“, 3 „Kaum genügend“. Bei den Stereotypisten bzw. Galvanoplastikern waren die Resultate: 1 „Gut“, 4 „Stemlich gut“, 3 „Genügend“. — Zur Herbstgehilfenprüfung vor der Handwerkskammer in Frankfurt a. d. M. meldeten sich acht Kollegen, und zwar aus folgenden Orten: Frankfurt a. d. O. 2 und je einer aus Mündeberg, Schönfließ, Lirchhölzel, Küßtrin, Fürstentwade und Öhrig. Das Prüfungsergebnis war bei vier Gehilfen „Gut“, bei vier Gehilfen „Genügend“.

Seminar für Zeitungshunde und Zeitungspraxis. An der Berliner Universität wurde als Ergänzung zu den Vorlesungen über Zeitungswesen ein Seminar für Zeitungshunde und Zeitungspraxis eröffnet, das vor allem in die Praxis des Zeitungsgewerbes einführen soll. Die Vorträge werden abwechselnd von Theoretikern und Fachleuten (Praktikern) gehalten. Durch Erstattung von Referaten und Unterfertigung von Aufsätzen soll den Hörern Gelegenheit gegeben werden, sich schriftstellerisch zu betätigen. Der Zweck soll nicht die Heranzüchtung von Redakteuren sein, sondern die Stublernden sollen einen Einblick in die Tätigkeit und die Aufgaben einer Redaktion erhalten und mit dem Rüstzeug, das der Mitarbeiter einer Zeitung braucht, vertraut gemacht werden.

Schundliteratur und Papierenot. Die „Dresdner Volkszeitung“ ist in der Lage, über die Verurteilung der Herausgeber von Schundliteratur mit Druckpapier folgende sehr bezeichnende Angaben zu machen: Der Verleger der aller Phychologie baren Romane der Hedwig Courths-Mahler konnte im Oktober 1919 den Neudruck von nicht weniger als sechs dieser „Werke“ anzeigen, und zwar in folgender Auflagehöhe: je einer im 181. und 210. Tausend, 266, bis 295. Tausend, 290, bis 319. Tausend, 296, bis 325. Tausend, 313, bis 342. Tausend, 375, bis 402. Tausend, zusammen 180000 Exemplare. Und sie sind nicht kurz, diese Romane; jedoch wie die Striche nicht einen Meter länger sind wie die Sellerbahn, so sind diese „Geistesprodukte“ eines menschlichen Schreibapparates (Schreifteller oder gar Poet wäre denn doch zuviel gesagt) nicht eine Zeile länger, als der Buchverleger vorschreibt — bei Stück für Stück hat

es auf der 316. Seite „geschmappi“. Die Unterhaltungsverfertigungsmaschine arbeitet mit einer erstaunlichen Präzision. (Daneben erschienen von derselben Verlegerin in einem andern Verlage noch Monat für Monat neue Romane oder alle in neuer Auflage.) Daneben kündigte aber der erwähnte Verleger noch weitere vier Romane verschiedener Verleger gleicher Qualität an, diesmal zur Abwechslung jedoch 320 Seiten stark, mit zusammen 90000 Exemplaren — das gibt mit den andern dann 270000 Bücher, jedes zu 20 Bogen = 5 Millionen 400000 Bogen Papier.

Offene Gewerkschaftslehreklasse. Für das Gewerkschaftskomitee in Lauban (Schlesien) wird zum 1. Januar 1920 ein Gewerkschaftslehrer für einem Umfangsgehalte von 5000 Mk. gesucht. Die Bewerber müssen fünf Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert, rednerisch und organisatorisch befähigt sein. Die Bewerbungen sind bis zum 25. November an Otto Raupach in Lauban (Schl.), äußere Gröfßer Straße 10, zu richten.

Führer der Unabhängigen als Unternehmer. In der Frankfurter „Volksstimme“ wurde in letzter Zeit eine Angelegenheit erörtert, die auf die Theorie unabhängiger Führer und ihre Praxis in der Rolle als Unternehmer ein sehr charakteristisches Schlaglicht wirft. Die Sache verhält sich nach dem Berichte der genannten Zeitung folgendermaßen: Die Buchdrucker der Drucker des „Volksrechts“ (unabhängige Zeitung in Frankfurt a. M.) waren bei den Verlegern des Blattes wegen Gewährung eines Wirtschaftsbetrags vorstellig geworden, mit der Berufung darauf, daß andre Frankfurter Tageszeitungen bereits eine Wirtschaftsbeteiligung gemährt hätten. Die Forderung wurde zunächst brüsk abgelehnt. Einige Tage später fanden nochmals Verhandlungen statt, und zwar unter der Leitung des Verlegers Dilmann, des bekannten Führers der ultraradikalen Opposition auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress und jetzigen zweiten Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Der Vertreter unserer Frankfurter Mitgliedschaft durfte jedoch an den Beratungen nicht teilnehmen, er wartete im Nebenzimmer vergeblich auf seine Singulierung. Dem Gewerkschaftsführer Dilmann war dies bekannt. Die Verhandlungen endeten mit der Zusage einer Beteiligung für den Monat September, deren Höhe noch nicht feststeht. Dieser Vorfall erinnert lebhaft an ein ähnliches Vorkommnis, das sich vor über zehn Jahren schon in Karlsruhe abspielte. Dort vertrat der bekannte frühere Polizeipräsident von Berlin, Emil Eichhorn, der heute auf der „unabhängigen“ Seite eine erste Geige spielt, als damals maßgebende Persönlichkeit in der Reichsleitung des „Karlsruher Volksfreund“ gelegentlich einer Druckerloosversammlung den Standpunkt, daß er die Anwesenheit von außerhalb des Reichs lebenden Organisationsvertretern der Buchdrucker nicht anerkennen könne; er verhandelte nur mit Reichsangehörigen. Erst als ihm dann in ziemlich deutlicher Weise begreiflich gemacht wurde, daß er mit dieser Auffassung im Fahrwasser der Krupp, Elum, Stinnes und Konforten lagte, bequeme er sich zu einer besseren Einlicht. Und solche Geister wollen heute die Arbeiterschaft befreien?

Gewerkschaften und Auswanderung. Im Reichswanderungsamt in Berlin fand vor einigen Tagen eine Beratung mit Vertretern der Gewerkschaften, Angestelltenverbände und sonstigen Berufsorganisations sowie Arbeitsnachweisstellen über die gemeinsame Tätigkeit auf dem Gebiete der Aufklärung und Beratung von Auswanderungsfreiwilligen statt. Es wurde ferner die Frage erörtert, in welcher Weise die genannten Organisationen sich an der Fürsorge für Auswandernde im In- und Auslande sowie an der Vermittlung von Auslandsstellen beteiligen können. Die Besprechung ergab volles Einverständnis über die Notwendigkeit und Bereitwilligkeit der Organisationen, in Zusammenarbeit mit dem Reichswanderungsamt an dem Wohle ihrer Mitglieder mitzuwirken, die durch die Ungunst der heimischen Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse zur Auswanderung gezwungen werden sollten. Behufs Aufrechterhaltung der unmittelbaren Fühlungnahme wurden weitere gemeinsame Besprechungen in Aussicht genommen.

Kohlennot und Tuberkulosebekämpfung. In Eisenach fanden sich jüngst die leitenden Organe der Privatalkoholgesellschaften zu einer Besprechung zusammen zur Beratung wirtschaftlicher Fragen. Dabei wurden insbesondere Schritte erwogen, wie die Versorgung der Lungenheilstätten mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen sicherzustellen sei. Leider ist die augenblickliche Lage so, daß schon in aller nächster Zeit infolge des Kohlenmangels die meisten Anstalten geschlossen werden müssen. Das wäre aber gerade in jeher Zeit, wo die Tuberkulose eine so unheimliche Verbreitung gefunden hat, äußerst verhängnisvoll. Aus diesem Grunde richtete die Versammlung einen ersten Mahnruf an den Reichskohlenkommissionar und an alle maßgebenden Reichsstellen um alsbaldige Abhilfe.

Errichtung von Wuchergerichten. Der Reichsrat befaßt sich lebhft mit dem Entwurf einer Verordnung von Sondergerichten gegen Schleichhandel und Preisstreiberi (sogenannte Wuchergerichte). Die Verordnung hängt das Gerichtsverfahren wesentlich ab, da das ganze Zivilverfahren wegfällt. Das Gericht kann in der Beweisaufnahme nach eigenem Ermessen handeln und erkennt als erste und einzige Instanz. Wegen allzu humanitären Verfahren ist die Notwendigkeit der Verteidigung vorgehen, auch kann eine Strafsache an die ordentlichen Gerichte abgegeben werden. Besetzt sind die Wuchergerichte mit zwei Berufs- und zwei Laienrichtern, je einem aus den Kreisen der Verbraucher und der Produzenten oder des Handels. Die Strafen lauten auf Gefängnis, und zwar nicht unter drei Monaten. Auch Freiheitsstrafe soll mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 100000 Mk. verbunden werden können. Wie in so vielen Fällen, kommt auch diese Maßnahme etwas reichlich spät.